Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus vom 1.—15. Aug 55000 M., durch die Post 55000 M ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Leuchenteinstr 14 Fernruf 1045. 1047. 2251 Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u 5—6 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 8000 M. für den Millimeter Höhe u Spalte, 30000 M. für Reklame, anzeigt an den bezeichneten Textteilen. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank, Halle Postscheckkonto Leipzig 1065 48. Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 7000 Mk. | **Freitag, den 10. August 1923** | **3. Jahrgang Nr. 185**

Massenaktion gegen Cuno für die Arbeiter-Regierung

Arbeiter-Delegation im Reichstag, beim ADGB. und bei den Arbeiterparteien — Demonstrationen und passive Resistenz in den Berliner Betrieben — Streik der Berliner Buchdrucker und Hochbahner

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 10. August.

Zur Notlagung des Reichstags haben fast alle wichtigen Berliner Betriebe Stellung genommen. — Die Betriebsrätevollversammlung faßte den einstimmigen Beschluß, den Kampf zum Sturze Cunos zu beginnen, das etwaige Zustandekommen einer Koalitionsregierung mit Generalstreik zu beantworten. Ziel: Revolutionäre Arbeiter- und Bauern-Regierung. Scharfe wirtschaftliche Forderungen. Die Versammlung war überfüllt.

In den Berliner Betrieben griffen im Laufe des gestrigen Tages die Arbeiter in die Diskussionen über die Abstellung der augenblicklichen Wirtschaftsnot und der politischen Krise aktiv ein. Aus den unzähligen Resolutionen und aus den außerordentlich vielen Berichten, die vorliegen, können wir nur das Typische bringen. Die Resolutionen wurden an die Berliner Gewerkschaftskommission, an den ADGB. und alle politischen Parteien geschickt. Eine Delegation aus Vertretern aller Parteien wurde zu den genannten Organisationen entsandt. Viele Betriebe sandten Delegationen in den Reichstag. In den meisten Großbetrieben wird passive Resistenz geübt. Eine Betriebsversammlung findet auf die andere statt, in Siemens Dynamowerk achtmal an einem Tage. Ueberall wurden scharfe Forderungen gestellt und der Sturz der Regierung Cuno verlangt. Crispien wollte mit einer Delegation von Ambi nicht verhandeln, weil die Gelegenheit den Kampf für die Arbeiter- und Bauern-Regierung fordert und diese Forderung von einer Partei stamme, „welche mit den Völkischen zusammen geht." Die SPD.-Delegierten haben ihrem Parteigenossen gehörig heimgeleuchtet, welcher erklärte, mit Arbeitervertretern rede er nicht, sondern nur mit seinen Parteigenossen.

In Borsigwalde wurden bereits vormittags die folgenden Betriebe stillgelegt: Nota, Berlin-Karlsruher Industriewerk, Naboma, Jachmann, Hauptwerkstatt der Postkraftwagen, Toebler, Breitung, Schweitzer & Dypler, Otis, Löwe. Von diesen Betrieben holte einer den anderen heraus, und sie versammelten sich auf einer Wiese, wo ca. 12 000 Mann zusammenkamen. Es wurde beschlossen, die passive Resistenz auch am nächsten Tage auszuüben und die Forderung aufzustellen, die die übrigen Betriebe herausgaben.

In einem Werk in Oberschöneweide, wo die Arbeiter passive Resistenz übten, politische Forderungen aufstellten (Sturz Cunos, Arbeiter- und Bauern-Regierung usw.) und eine Wirtschaftsbeihilfe, sowie sofortige Auszahlung forderten, versprach die Direktion den Betriebsräten „etwas sehr Erfreuliches", nämlich Schmalz und Margarine. Das ist bekanntlich schon im Kriege das letzte Mittel vor dem Zusammenbruch gewesen.

Die Arbeiter der Firma Lorenz (Tempelhof), welche in einer Demonstrationsversammlung die überall erhobenen Forderungen stellten, und 5 Millionen Wirtschaftsbeihilfe verlangten, bewilligte die Direktion 1½ Millionen und fuhr mit dem Betriebsrat zur Reichsbank, um Geld zu holen. Dort sind nur zwei Schalter geöffnet, von denen an einem nur 10-Millionenscheine ausgezahlt werden, am anderen diese wieder gewechselt werden. Man muß anstehen und bekommt eine Nummer. Nummer 40 war dran, der Lorenzbetrieb bekam Nummer 150.

In den Elektrizitätswerken Oberspree, Nummelsburg und Moabit, wurde am gestrigen Tage die passive Resistenz derart ausgeübt, daß der Strom stellenweise ausblieb. In Moabit fanden in allen Betrieben Betriebsversammlungen statt. Die Arbeiter versammelten sich auf einer Wiese, wo sie zu der Lage und den Maßnahmen Stellung nahmen.

Aus vielen Betrieben wird gemeldet, daß die Polizei provozierte. So melden Bergman, Seestraße, und Nordd. Kabelwerk, Neukölln, daß Schupo vor dem Betrieb postiert war, ebenso wie die Versammlung der Arbeiter in Borsigwalde von Schupo geradezu umlagert wurde. Diese Provokationen können sich bitter rächen: Die Arbeiter wissen, was sie wollen und brauchen keine Bevormundung und Beaufsichtigung.

Neben den bereits erwähnten politischen und wirtschaftlichen Forderungen sind häufig noch die folgenden Maßnahmen verlangt worden: Freilassung der politischen Gefangenen, Sicherung des Friedensreallohnes, an einer Stelle (die Bauarbeiter der Firmen Hutta, Thiele, Dick, Monierban, Joachimick, Wayß & Freytag, Schrott & Heinz, Flegel & Co., Oltershagen, Bürckle & Thoma, Thomas Gottson) wurde gefordert: Sowjet-Deutschland. Die Forderung des Bündnisses mit Sowjet-Rußland wurde sehr häufig aufgestellt. An einigen Stellen wurde Wirtschaftsbeihilfe in einer bestimmten Höhe von Dollar gefordert.

Auf den Berliner Märkten herrscht eine ungeheure Erregung. Die Frauen ziehen vor die Betriebe und fordern Lohnauszahlung. Bei Borsig (Tegel) wurde die Kantine des dortigen Konsums von den Arbeiterfrauen gestürmt. Der gesamte Einzelhandel streikt in Berlin, so daß die Berliner Arbeiterschaft, wenn sie schon eine lumpige Abschlagszahlung auf den Lohn bekommt, nicht einmal in der Lage ist, die notwendigsten Bedarfsartikel einzukaufen.

*

Der finanzielle Bankrott der freiesten Republik der Welt mit seinem Hunger für die Massen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Sozialrentner, mit Erdrosselung der Handels- und Gewerbetreibenden im Gefolge, treibt zur Verwirrung und zum Chaos. In dieser Situation führt die Regierung Cuno mit den politischen Parteien von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen ein widerliches Possenspiel im Reichstag auf. Die WSPD. und die bürgerlichen Parteien stützen Cuno, den Schuldigen am Bankrott und dem Hungerelend des schaffenden Volkes. Sie geben ihm Gelegenheit, den Ruin Deutschlands zu vollenden. Cuno, die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien spotten des Hungers der Massen. Nach wie vor häufen sie die Opfer aller ihrer Bankrottpolitik seit dem Kriege auf die Schultern der hungernden Massen. Neue Steuern, neue Finanzpläne, neuer Schwindel über Opfer der Besitzenden werden aufgetischt, und doch ist es offenkundig, daß dem Besitz Gelegenheit gegeben wird, sich von allen Lasten zu drücken. Die Massen sollen restlos ausgehungert werden. Ungeheure Erregung ermächtigt sich ihrer. Es grollt in den Tiefen. Die Massen erheben ihre Stimmen in den Betrieben, in den großen wie in den kleinen Berlins, in den Bergwerken und in allen Industriegegenden des Reiches erheben sie ihre Stimme gegen Cuno. Sie fordern seinen Rücktritt und die Bildung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung. Die rheinisch-westfälischen Bergarbeiter fordern die Einberufung eines Betriebsrätekongresses, sie fordern den Kampf gegen die Verelendung, sie verlangen Ausgleichszahlungen für die Monate Juni und Juli in Höhe von 8 bis 10 Millionen Mark, sie fordern Friedensreallöhne, um die nach Goldmark berechnete Lebens- und Haushaltungskosten erschwingen zu können. Sie wollen unter Umständen eine Wendung zum Besseren ihrer Verelendung herbeiführen. Sie verlangen deshalb Beschlagnahme und Rationierung der vorhandenen Lebensmittel unter Mitwirkung der Kontrollausschüsse; ferner die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Sie verlangen die Vorbereitung von Maßnahmen, um jede Loslösungsbestrebungen des Rheinlandes zu verhindern. Zur Behebung des finanziellen Dalles fordern sie die Erfassung der Sachwerte und die Kontrolle der Produktion und schmören in Resolutionen, die in den Betrieben gefaßt sind, jede Regierung, die nicht gewillt ist, die Forderungen der Arbeiterschaft zu bewilligen, zum Rücktritt zu zwingen und an deren Stelle eine Arbeiter-Regierung von Arbeitern, Angestellten, Beamten und Bauern zu setzen.

Die Berliner Arbeiter sind bereits in der Aktion. Die Stimmung in der Arbeiterschaft in allen Gegenden des Reiches läßt erkennen, daß sie kämpfen und willens ist, ihren Weg zu gehen, wenn es sein muß über die Köpfe ihrer sozialdemokratischen Führer hinweg. Das Proletariat hat erkannt, daß es von den Führern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaft nichts zu erwarten hat. Sie sehen, daß sie ihre Führer, auf die sie mit einer Langmut ohnegleichen ihr Vertrauen gesetzt hatten, mit der Bourgeoisie und ihre Regierung auf Gedeihen und Verderb verbunden sind. Die Opposition der WSPD. gegen die Regierung Cuno, von der in der Sozialdemokratie so viel die Rede war, ist vorüber. Ihr Kampf, der Kampf der WSPD., gegen Cuno war nichts als leeres Phrasengeklingel. Die WSPD. geht zwar scheinbar nicht in die Große Koalition, dafür aber degradiert sie sich offenkundig zu den freiwilligen Knechten der bürgerlichen Parteien mit Einschluß der deutschnationalen Monarchisten. Diese Tatsache zwingt die Arbeiterschaft, auf eigene Faust zu handeln und in einheitlicher Kampffront unter Führung der Kommunisten den Kampf aufzunehmen.

Jetzt gilt es, die Bewegung, die die Berliner Arbeiter begonnen haben, im ganzen Reiche aufzugreifen und zu unterstützen. Das allernächste Ziel, das in Berlin ganz allgemein erstrebt wird, ist der Sturz Cunos. Schluß mit der Bankrottwirtschaft muß die Losung in ganz Deutschland sein! Die Kommunisten werden im Kampf um diese Losung bei den Massen sein!

*

Streik der Berliner Buchdrucker

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 10. August.

Die Urabstimmung unter den Buchdruckern ergab eine übergroße Mehrheit für den Streik. Der Streik hat heute, Freitag, früh 7 Uhr begonnen. Die Arbeiter- und Gewerkschaftspresse erscheint weiter.

Massenaufmarsch gegen Cuno in Chemnitz

(Eig. Drahtm.) **Chemnitz**, 10. August.

Die von der KPD., der WSPD., dem Gewerkschaftskartell und dem Afa-Bund einberufene Massendemonstration zeigte eine Beteiligung von 150 000 Männern und Frauen. Es beteiligten sich auch Angestellte, Beamte und Mittelständler an der Kundgebung. Es sprachen vier Redner der Kommunistischen Partei. Die Ordnung wurde von den proletarischen Hundertschaften aufrecht erhalten. Die Demonstration sandte an den Reichstag ein Telegramm, welches die bekannten Forderungen enthält.

Streik der Berliner Hochbahner

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 9. August.

Die Vollversammlung des gesamten Personals der Hochbahn beschloß einstimmig: Wegen Maßregelung dreier Kollegen wird die Arbeit in sämtlichen Abteilungen ab Freitag früh 5 Uhr eingestellt.

Riesendemonstration in Aue

(Eig. Drahtm.) **Chemnitz**, 10. August.

In Aue fand eine Riesendemonstration statt. Es beteiligten sich 25 000 bis 30 000 Arbeiter daran. Bei den Lohnverhandlungen, die nach der Demonstration stattfanden, wurde ein Spitzenlohn von 260 000 Mk. erreicht.

Große Erregung in Thüringen

(Eig. Drahtm.) **Jena**, 10. August.

In ganz Thüringen herrscht unter der Bevölkerung eine ungeheure Erregung. Die Ursache ist der Mangel an Geld und Lebensmitteln.

Feste statt Brot

Zum 11. August

Von **Ernst Meyer.**

Wenn das römische Volk unruhig war, versprachen ihm seine Cäsaren Spiele und Brot. Regierung und Regierungsparteien glauben dagegen, in dieser Stunde, wo Millionen von Arbeitern, Angestellten, Beamten, Rentnern und Kleingewerbetreibenden regelrecht hungern, die breiten Massen durch Verfassungsfeiern und Lodesartikel auf die deutsche Republik beruhigen zu können. Feste statt Brot — das ist die Losung. Das Kabinett und die Parteien, die es unterstützt haben, glauben auch diesmal wieder, die notleidende Bevölkerung von der Selbsthilfe abhalten zu können, in dem sie die angeblichen Vorteile des gegenwärtigen Zustandes gegenüber den wilhelminischen Zeiten herausstreichen und vor der Beschreitung neuer Wege warnen.

Gewiß, breite Massen der Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, betrachten die Republik als einen Gewinn. Und wenn die Konterrevolutionäre wieder einmal, wie im Kapp-Putsch oder durch die Ermordung einzelner Republikaner, den Versuch machen wollten, an die Stelle der Republik die Monarchie zu setzen, so würden die arbeitenden Schichten Deutschlands noch rascher und kräftiger die faszistischen Friedensstörer niederwerfen. Aber die kleinbürgerlichen Regierungsparteien täuschen sich, wenn sie annehmen, die breiten Massen hätten eine besondere Vorliebe für die bestehende Form der Republik. Ihre Abwehr gegen die Versuche zur Wiederherstellung alter Zustände ist keineswegs ein Ausdruck der Zufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen. Ihr Kampf gegen alle Versuche zum Sturz der Republik bedeutet keineswegs, daß sie die Republik für gesichert halten. Die Massen wissen wenig vom historischen Materialismus und nicht alle Glieder dieser Massen kennen die Lassalleschen Verfassungsreden. Aber sie alle fühlen instinktiv, was Lassalle in die klassischen Worte gepeägt hat, daß Verfassung ein Stück Macht bedeutet. Deshalb haben die arbeitenden Schichten Deutschlands auch nicht das geringste Vertrauen zu den geschriebenen Buchstaben der Weimarer Verfassung, welche die Illusionspolitiker der Regierungsparteien für das Fundament der republikanischen Einrichtungen Deutschlands halten. Sie lassen sich nicht durch die Paraden von Reichswehrkompagnien vor Ebert oder Ministern darüber hinwegtäuschen, daß die Reichswehr heute eins der Hauptmachtmittel der monarchistischen Konterrevolution gegen die Republik ist. Sie wissen, daß die behördlich organisierten Feiern und Festzüge an Größe und innerer Kraft verschwinden hinter den täglichen Demonstrationen der reaktionären Faszistenverbände. Sie bleiben deshalb auch diesen Verfassungsfeiern fern, weil sie in ihnen mit Recht nur Dekoration sehen, die notdürftig den konterrevolutionären Geist des gesamten Staats- und Verwaltungsapparats bis hinauf zu den leitenden Spitzen verdeckt. Die Massen, darunter sozialdemokratische und parteilose Arbeiter, strömten zu den Anti-Faszistendemonstrationen der Kommunisten am 29. Juli; denn in diesem Aufmarsch steckte wirklich Kraft und Entschlossenheit zum Kampfe gegen die Konterrevolution. Aber von den Verfassungsfeiern wenden sie sich interesselos ab.

Dieses Interesse wird auch nicht geweckt werden durch die Festartikel und Festreden. Um die konterrevolutionären Organisationen nicht zu Störungen der Demonstrationen zu reizen, wird man in den Artikeln und Reden die nationalistische Sprache dieser Konterrevolutionäre nachahmen. Ebert und all die anderen offiziellen Festredner werden die Nationalisten an Nationalismus zu übertrumpfen suchen, d. h., sich ihrer Ideologie beugen, so wie sie vor ihren Organisationen zurückschrecken.

In den Festartikeln wird man versuchen, die Verfassung und die Republik als Vorbeugungsmittel gegen faszistisches oder bolschewistisches Chaos zu preisen. Aber auch der Weg Mussolinis war mit Lobsprüchen des italienischen Kleinbürgertums auf die Demokratie und mit Warnungen vor dem Bolschewismus gepflastert. Und wie lächerlich nimmt sich heute die Angst vor russischen Zuständen aus, wo die Mark das Niveau des Rubels fast erreicht hat, und wo in Deutschland die Verfallserscheinungen und in Rußland die Erfolge des Neuaufbaus immer stärker werden! Nicht Sowjet-Rußland erscheint hilfesuchend in Deutschland, sondern die klarsten und weitblickendsten Industriellen suchen in Sowjet-Rußland ein Feld, um sich vor der Erstickung durch die Entente zu retten.

Die Nationalisten und Konterrevolutionäre werden am 11. August die deutsche Republik verhöhnen und den Untergang der deutschen Einheit als Folge der republikanischen Entwicklung bejammern. Auch sie haben Unrecht! Die Rettung Deutschlands liegt nicht in dem Ersatz der republikanischen Verfassung durch eine Diktatur des starken Mannes, so wenig wie sie in der Aufrechterhaltung der jetzigen republikanischen Institutionen zu finden ist. Das deutsche Wirtschaftsgebiet und die deutsche arbeitende Bevölkerung werden nur dann vor jedem weiteren Zugriff der Entente gesichert sein und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230810-16/fragment/page=0001

die schon angelegten Fesseln durch die Entente sprengen können, wenn der Schemen der deutschen Republik Blut und Leben erhält durch die Lösung aller schaffenden Kräfte von dem Druck der einheimischen Wucherer und Ausbeuter. Die kleinbürgerlichen Anhänger des Faszismus glauben heute, daß Demokratie und Republik ihnen Not und Elend gebracht haben. In dem Augenblick, wo sie zusammen mit den Arbeitern den Kampf gegen das Großkapital, den Geldgeber des Faszismus aufnehmen, wird allein die Stellung Deutschlands auch gegenüber dem Auslande sich zu heben beginnen. Die Achtung vor Deutschland ist im Auslande nicht geschwunden, weil die schwarzweißrote Flagge durch die schwarzrotgelbe ersetzt wurde, sondern weil die bürgerlichen und bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierungen die innere Widerstandskraft Deutschlands durch die Duldung und Förderung der Ausbeutung der arbeitenden Massen von den heimischen und jetzt auch den ausländischen Kapitalisten zersetzten. Erst wenn die arbeitenden Massen durch Schaffung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung ihr Geschick selbst in die Hände nehmen, wird die republikanische Staatsform gegenüber allen konterrevolutionären Gegnern gesichert sein und zugleich die Gestalt gewinnen, die jeden Angriff auf sie und ihren Inhalt vom In- und Auslande her unmöglich macht.

Frankfurt quittiert Cunos Gestammel

(Eig. Drahtm.) **Frankfurt**, 9. August.

Die Vertrauensleute der größten Baubetriebe Frankfurts a. M. beauftragten den Vorstand des Baugewerksbundes mit Hilfe des ADGB. und sämtlicher Arbeiterparteien, die Regierung Cuno binnen 24 Stunden abzutun und an dezen Stelle eine reine Arbeiter-Regierung zu setzen. Für die Resolution setzte sich ein VSPD.-Mann, der Gewerkschaftsangestellte Schäfer, besonders ein, der ein Bündnis mit Sowjet-Rußland verlangte.

Passive Resistenz in den Betriebswerkstätten auf dem Ostbahnhof

(Eig. Drahtm.) **Frankfurt**, 10. August.

Dasgesamte Rangier- und Fahrpersonal hat mit Einschluß der arbeitenden Betriebswerkstätten heute vormittag die Arbeit niedergelegt. Sie verlangten die sofortige Auszahlung von 20 Millionen Mark Teuerungszulage. Im Zentralgüterbahnhof (Bahnhof 2 und 3) schlossen sich die Arbeiter der Aktion an. Die Frankfurter Polizeibehörde hat ein Plakat verboten, das von dem Neuner-Ausschuß der Betriebsräte herausgeben und zur Kundgebung am 11. August auffordert. Die Parole lautet: Für die Einheitsfront des Proletariats und die Arbeiter-Regierung.

*

Arbeitsniederlegung in Landsberg

Landsberg (Bezirk Halle), 10. August.

Als gestern während der Arbeitszeit bei der Belegschaft der Firma Bühring die neuen Preise für Margarine und andere Lebensmittel bekannt wurden, bemächtigte sich der Arbeiterschaft eine große Erregung. Spontan legte sie die Arbeit nieder und verlangte, daß sofort eine Belegschaftsversammlung einberufen werden solle, die sich mit diesen Dingen befassen soll. Es kam auch eine Versammlung zustande, in der sich besonders die bisher immer abseits vom politischen Kampf stehenden Arbeiter gegen die verbrecherische Ausplünderungspolitik wandten und forderten, daß die Arbeiterschaft jetzt etwas unternehmen müsse. Aus der Mitte der Versammlung wurde eine Entschließung eingebracht, die eine sofortige Vorschußzahlung in Höhe von 15 Millionen Mark verlangt. Der Metallarbeiterverband wird aufgefordert, dafür einzutreten, daß der Reichsindex verdoppelt, die Existenz der Arbeiterschaft sichergestellt, und der Kampf gegen den Faszismus aufgenommen wird. Der Betriebsrat trat darauf sofort mit der Firma in Verhandlungen und erreichte durch den Druck der Arbeiter, daß die Firma sich bereit erklärte, am heutigen Freitag 8 Millionen Mark zur Auszahlung zu bringen. Die Arbeiter nahmen sodann nach dreistündiger Arbeitsruhe die Arbeit wieder auf.

*

Zur Aussperrung bei Blom & Voß

(Eig. Drahtm.) **Hamburg**, 10. August.

Die Direktion von Blohm & Voß hat am 8. August ihre ganze Belegschaft ausgesperrt und sämtliche Arbeiter fristlos entlassen, weil sie Lohnforderungen stellten. Auf der „Vulkan"-Werft sind die Arbeiter in den Ausstand getreten. — Die Meldung des WTB., daß die Aussperrung bei Blom & Voß darauf zurückzuführen sei, daß sich die Arbeiter an fremdem Schiffseigentum vergriffen haben, ist Schwindel.

*

Zum Streik im Bezirk Magdeburg

Die Erregung der Magdeburger Arbeiterschaft wächst

(Eigene Drahtmeldung)

Magdeburg, 9. August.

In den Vormittagsstunden sammelten sich auf den Straßen Magdeburgs große Menschenmassen an, die durch die Schupo zerstreut wurden. Die Hausfrauen äußerten sich empört über die stündlichen Preissteigerungen. Die Schupo nahm einige Verhaftungen wegen „aufreizender Hetzereien" fest. Die Betriebe, die am Mittwoch spontan die Arbeit niederlegten, haben dieselbe am Donnerstagmorgen wieder aufgenommen, da der Ortsausschuß zum Donnerstagabend eine gemeinsame Sitzung mit den beiden politischen Arbeiterparteien einberufen hat. Von der KPD. werden an dieser Sitzung drei Vertreter teilnehmen.

Der DVV. gegen den Streik der Landarbeiter

(Eigene Drahtmeldung)

Magdeburg, 10. August.

Die Gauleitung des DVV. wendet sich in der sozialdemokratischen „Volksstimme" gegen den Streik der Landarbeiter. Die Gauleitung fordert die Landarbeiter auf, der Streikparole keine Folge zu leisten. Gleichzeitig versucht er, die Landarbeiter dadurch vom Streik abzuhalten, indem er bekannt gibt, daß am Freitag neue Lohnverhandlungen stattfinden werden.

Die Aktener Arbeiter schließen sich dem Streik an

(Eigene Drahtmeldung)

Aken, 9. August.

Die gesamte Arbeiterschaft von Aken wird am Freitagmorgen geschlossen zur Durchsetzung ihrer Forderungen in den Streik treten. Die Arbeiter verlangen stürmisch, den Kampf aufzunehmen. In Osternienburg sind die Gruben stillgelegt worden.

Allgemeiner Streik in Staßfurt

(Eigene Drahtmeldung)

Staßfurt, den 10. August.

Der Streik in Staßfurt ist allgemein. Alle Betriebe ruhen. Die Stimmung der Streikenden ist glänzend. Auch in der Umgebung Staßfurts ruhen die Betriebe. Am Donnerstagfrüh setzte der Streik der Landarbeiter pünktlich 6 Uhr früh ein. Notstandsarbeiten werden verweigert.

Ein Sozialdemokrat für die organisierte Selbsthilfe

(Eigene Drahtmeldung)

Magdeburg, 10. August.

In einer Mitgliederversammlung der VSPD., sprach der Reichstagsabgeordnete W. Dittman über die politische Lage. Dittmann wandte sich nicht grundsätzlich gegen die Große Koalition im Reiche, sondern er erklärte, daß er wünsche, daß der Partei die Große Koalition mit der Deutschen Volkspartei erspart bleibe. In der Diskussion führte der Chefredakteur der „Volksstimme", Bader, aus, daß, wenn die Agrarier es so weiter machen, das Volk zur organisierten Selbsthilfe greifen müsse. Dieser Ausspruch hindert Bader aber nicht, in der unverantwortlichsten Weise gegen die Kommunisten zu hetzen.

Hilflosigkeit der Sozialdemokraten

(Eigene Drahtmeldung)

Die sozialdemokratische „Volksstimme" wendet sich in ihrer Ausgabe vom Donnerstag fast ausschließlich gegen die Kommunisten. Die „Volksstimme" bedient sich der schofligsten Mittel, um die Kommunisten zu isolieren. Sie bespricht eingehend die von der Arbeiterschaft aufgestellten und von uns bereits mitgeteilten Forderungen und betont, daß die Durchführung dieser Forderungen die Diktatur Ludendorffs bedeuten würde. Daraus spricht die ganze Hilflosigkeit dieser Schleppenträger des Kapitals. Die Massen geben den Sozialdemokraten bereits die Antwort, indem sie scharenweise die VSPD. verlassen.

Die Grube „Konkordia" bei Nachterstedt im Streik

(Eig. Drahtm.) **Magdeburg**, 10. August.

In einer am 8. August stattgefundenen Belegschaftsversammlung wurde einstimmig eine Resolution angenommen, nach der die Belegschaft sich mit den streikenden Arbeitern im Bezirk solidarisch erklärt und die Arbeit niederlegte. Von etwa 2400 Mann stimmten 2157 ab, und zwar 2013 für und nur 127 gegen den Streik. Am 9. August ertönten die Sirenen als Zeichen des Streikbeginns. Die gesamte Belegschaft streikt. Die Werksbeamten haben sich den streikenden Arbeitern angeschlossen. Nur die Notstandsarbeiten werden verrichtet.

Kommunistischer Sieg in Köln

(Eig. Drahtm.) **Köln**, 10. August.

Bei den Wahlen zum Verbandstag der Textilarbeiter wurde die Liste der Opposition mit großer Mehrheit gewählt.

Sonnabend Betriebsräte-Vollversammlung in Berlin

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 10. August.

Der Fünfzehner-Ausschuß der Betriebsräte von Groß-Berlin beruft für Sonnabendvormittag 10 Uhr, eine Vollversammlung ein. In dem Aufruf wird eine sofortige Auszahlung von 10 Millionen Mark Teuerungszulage verlangt.

Zurückgepfiffen

Der alte Fritz Zubeil hatte jüngst in einer Berliner Versammlung einige vernünftige Sätze über die Notwendigkeit des Zusammengehens mit den Kommunisten und über die Opposition in der Sozialdemokratie geredet. Die „Rote Fahne" berichtete davon und dem „Vorwärts", bzw. dem Parteivorstand ist das so auf die Nerven gefallen, daß Zubeil genötigt wurde, im „Vorwärts" ein paar ergänzende Worte darüber zu sagen. Er macht immer einen Schritt zurück, um mit dem anderen Bein dann wieder vorwärts zu tappen. Er will nicht hü und doch auch nicht hott gesagt haben. So macht der ganze Schreibebrief einen recht vertatterten Eindruck, wobei er zwar die Einheitsfront dann doch nicht verwirft, aber doch wieder in blöder Weise gegen den kommunistischen „Lebensmittelkontrollunfug" zu wettern. Also sollen die Arbeiter lieber wehrlos verhungern? Das wird doch auch der alte Fritz Zubeil nicht wollen. Er wird es schon noch lernen, ohne Furcht vor dem sozialdemokratischen Partei- und Fraktionsvorstand die kommunistische Politik uneingeschränkt mitzumachen.

Delegationen der Berliner Arbeiter im Reichstag

Die VSPD.-Abgeordneten haben keine Zeit für Proleten

(Eigener Bericht)

Berlin, 9. August.

Eine große Anzahl von Delegationen aus Berliner Betrieben war heute im Reichstag erschienen, um die Forderungen dort zu vertreten, welche die Belegschaften aufstellen. Eine große Anzahl von Delegierten kam gar nicht bis in den Reichstag hinein, weil Löbe die Anweisung gegeben hatte, die Delegationen nicht zuzulassen.

Immerhin war der Reichstag trotz Kriminalpolizei und Löbe von Arbeitern überschwemmt. Es wurde eine Sitzung veranstaltet, in der die folgenden Betriebe vertreten waren: Berlin-Karlsruher Industriewerke (Belegschaft von 4000 Mann, 2 VSPD., 2 KPD.-Delegierte), F. Werner, Lützowstraße und Autok (Belegschaft 500 Mann, 2 KPD., 1 VSPD.), Borsig-Tegel (Belegschaft 6500 Mann, 3 KPD., 3 Parteilose), Rota-Borsigwalde (Belegschaft 1100 Mann, 2 KPD., 1 VSPD.), Orenstein u. Koppel in Nowawes (Belegschaft 3000 Mann), Deutsche Eisenwerke, Britz, Norddeutsche Kabelwerke-Neukölln, Bergmann-Rosenthal (Belegschaft 3000 Mann, 1 KPD., 1 VSPD., 1 USPD., 1 Parteiloser), Zabel-Reinickendorf (2 KPD., 1 VSPD.), Eisenbahn, Berlin I, (Belegschaft 2000 Mann, 1 KPD., 1 VSPD., 1 KAPD.), Städtische Elektrizitätswerke (Belegschaft 3000 Mann), Schwarzkopff-Maffei (Belegschaft 1000 Mann, 7 KPD., 3 Parteilose), Roller-Prinzenallee, AEG., Ackerstraße, (Belegschaft 6000 Mann, 2 KPD., 2 VSPD., 1 USPD.), Borsigwalder Metallwerke, Schöning-Reinickendorf, Bergmann, Seestraße und Hennigsdorfer Straße (Belegschaft 5400 Mann, 2 KPD., 1 VSPD., 1 Parteiloser), Eisenbahnwerke Tempelhof, Betriebswerk Potsdamer Bahnhof, Bahnhof Pankow und Lichtenberg (zusammen 30 000 Mann Belegschaft), Dr. Meyer, Knorrbremse-Lichtenberg und eine Delegation aus dem Ruhrgebiet. Alle diese Delegationen stellten die Forderung nach dem Sturz der Cuno-Regierung, nach der Richtung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung und dazu die bekannten Wirtschaftsforderungen. In der Versammlung wurde Dittmann von der VSPD. gefragt, ob die sogenannte linke VSPD. oder die ganze Partei gegen die Cuno-Regierung auftreten will. Dittmann gab darauf trotz mehrmaliger Anfrage keine Antwort. Er leierte nur ein Einheitsprüchlein herunter und beteuerte, daß eine Arbeiter-Regierung auch nicht sofort alle Schwierigkeiten beseitigen könnte. Wegmann von der USPD. stimmte „im großen und ganzen" den Forderungen der Delegation zu, lehnte aber die Losung der Arbeiter- und Bauern-Regierung ab, weil diese nur ein Mittel sei, „um die Deutschvölkischen zu neutralisieren". Diese ausgezeichneten Vertreter der Partei zwischen allen Stühlen sprachen sich für eine „rein sozialistische Regierung" aus, wobei fraglich bleibt, ob die Moskepartei auch eine rein sozialistische genannt werden soll.

Einzig und allein der Kommunist Fröhlich trat rückhaltlos für die Forderungen der Arbeiterdelegierten ein und stellte fest, daß Dittmann nichts gegen die Cuno-Regierung gesagt habe. Die Losung der Arbeiter- und Bauern-Regierung, so führte er aus, bedeute die Sicherung der Ernährung der Revolution und trägt den Klassenkampf auch ins Dorf.

Die Arbeiterdelegierten verlangten, im Plenum der Aussprache gehört zu werden. Als Genosse Koenen diesen Antrag nach der Rede Stresemanns stellte, wurde von Löbe nicht einmal darüber abgestimmt, weil dieser Antrag nicht der Geschäftsordnung entspräche. Die Meldung davon wurde von den Arbeiterdelegierten mit ungeheurer Entrüstung aufgenommen. Die Herren Volksvertreter fürchten sich vor den Proleten. Und nicht nur die Bürgerlichen, sondern auch die Sozialdemokraten wollen nichts von ihnen wissen: Hermann Müller gab an, er sei nicht zu sprechen, weil er die Rede des Herrn Stresemann hören müsse. Und Dittmann gab den Arbeitern den geistreichen Ratschlag, sich doch nicht immer an die Sozialdemokraten zu wenden, sondern an die Bürgerlichen.

Da die Arbeiter nicht ins Plenum gelassen wurden, zogen sie geschlossen durch die Wandelhallen, wo sich die Herren Volksvertreter in den bequemen Sesseln herumsegeln und dicke Zigarren rauchen. Die Arbeiter erklärten, daß das Hohe Haus die Männer in der Bluse sehen solle. Wir sind der Meinung, daß das Hohe Haus die Schmarotzer im Bratenrock so bald wie möglich nicht mehr sehen darf, und daß die Männer in der Bluse so bald wie möglich das Hohe Haus in vernünftigen proletarischen Betrieb nehmen sollten, um dort einen Sowjet einzurichten.

*

Sitzungsbericht

Als erster Redner erhielt heute in der Sitzung des Plenums zur allgemeinen politischen Debatte Müller (VSPD.) das Wort. Der Not gehorchend, begann er mit einer Darstellung der Notlage der Arbeitermassen und der erbitterten Stimmung, die unter den Arbeitern herrscht. Niemand habe bisher gewagt, diese Stimmung auf Verhetzung zurückzuführen, ein Beweis, daß sie eine sachliche Grundlage habe. Die Massen verständen nicht, wie man in dieser Situation von Sparen reden könne. Der Sparsinn sei im Volke ertötet worden durch den Mangel an wertbeständigen Spargelegenheiten. Es hätte Devisen nicht zu kaufen bekommen. Natürlich verkneift sich Müller auch nicht, hin und wieder eine sogenannte Tat nach links zu machen, so, wenn er von Havenstein-Rubeln spricht, oder wenn er die Kalauer aus dem „Vorwärts" über Hakenkreuz und Sowjetkern wiederholt. Im übrigen verlangt er bessere Lebensmittelversorgung und kritisiert dann die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Es sei die höchste Zeit, sonst verhungere die Front und das Hinterland. Dann klingt die Rede in die nationale Note über. Die Philippika gegen Frankreich klingt aus in den Aufruf zur Einheit des Reiches. In diesem Zusammenhang wandte sich Müller auch gegen die bayerische Separatistenpolitik und gegen den Vorstoß der Reichsregierung gegen Sachsen und Thüringen. Weiterhin kritisierte er die Sabotageakte im Ruhrgebiet und stellt dabei fest, daß das zu den Sprengungen benutzte

Dynamit aus einer Reichswehrkaserne

stammte. Es kam dabei zu einem Zusammenstoß mit Geßler. Im allgemeinen erhob sich die Müllersche Rede nicht über das bei der VSPD. gewöhnte Niveau. Es darf mit Bestimmtheit angenommen werden, daß sie trotz der großen Worte Herrn Cuno das Vertrauen aussprechen wird.

Der Zentrumsmann Marx verlas eine kurze Erklärung, nach der das Zentrum die sofortige Schaffung eines Goldfonds für die Lebensmittelversorgung, Einfuhrbeschränkung, Sparsamkeit im Staatshaushalt und neue Steuern fordert; das Zentrum will bei den Steuern auch vor dem Eingriff in die Substanz nicht zurückschrecken; wichtiger als das Vermögen sei der Bestand der Nation.

Stresemann (Deutsche Vp.) hat seine Rede zunächst eingestellt auf die auswärtige Politik. Es ist nichts Neues, was er sagt. Es sind die üblichen nationalen Töne, die übliche Kritik an der Entente und so ganz nebenbei erfuscht er um Absolution für die nationale Sünde, die er einst dadurch begangen habe, daß er in der Reparationssumme entgegenkommend gegen Frankreich sein wollte. Er verlangt trotzdem Verständigung, und erklärt den Staatsmann für einen Verbrecher, der Verständigung bringen könne und die Gelegenheit versäume. Die Weisheit, die Stresemann über die innere Politik verzapfte, gipfelt in der Forderung nach Mehrarbeit. Die Lage sei gar nicht so hoffnungslos. Ob das Volk untergehen wolle, stehe bei ihm selbst. Wenn es wolle, werde es gesund. Lebhafte Zurufe von links:

Ihr hat Euch schon gesund gemacht!

Dann verlangt Stresemann wieder eine Verbindung zwischen dem Reich und Preußen in der alten wilhelminischen Form, daß Personalunion zwischen Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten bestehe. Er kritisiert die Reichsbank und will deren Selbständigkeit aufheben, fordert eine Goldanleihe, redet allerhand über parlamentarisches System und die Würde des Parlaments und verteidigt schließlich die Wertbeständigkeit von Steuern und Tarifen. Ganz nebenbei gibt er zu, daß eine Wertbeständigkeit der Löhne wünschenswert sei. Schließlich hat er die Drucker, die vor dem Streik stehen, himmelhoch, ja nicht zu streiken, weil dann der Notendruck eingestellt werden müsse. Zum Schluß rief er das ganze deutsche Volk gegen die destruktiven Elemente von rechts und links auf.

Genosse Koenen stellt nach der Rede Stresemanns den Antrag, die Debatte auszusetzen und die

Arbeiterdelegationen zu empfangen,

die aus den Großbetrieben Berlins, aus dem Ruhrgebiet und Mitteldeutschland zahlreich im Reichstag eingetroffen sind. Sie wollen ihre Not hier selbst zur Sprache bringen. Als die Rechte auf diesen Antrag mit stürmischem Widerspruch und höhnischen Zwischenrufen antwortet, erklärt Koenen: Dieser Brauch ist keineswegs neu. Auf den Rätekongressen und in zahlreichen Gemeindeparlamenten sind schon Arbeiterdeputationen zu Worte gekommen. Heute ist es um so notwendiger, die Arbeiterstimmen hier zu hören, da die Mehrheit des Reichstags keine Vertretung der werktätigen Bevölkerung ist. Kein Mensch will diese Vertretung mehr hören, die längst davongelaufen müßte. Der Sturm auf der Rechten und die Hohnrufe werden immer größer. Genosse Koenen läßt sich dadurch jedoch nicht stören und ruft den Bürgerlichen zu: Auch wird das Schreien und Lachen bald vergehen. Bald werdet Ihr wieder in denselben Mauerlöchern sitzen, wo Ihr im November 1918 gesessen habt.

Der Antrag wurde, als nicht der Geschäftsordnung entsprechend, gar nicht zur Abstimmung gebracht.

Der sozialdemokratische Präsident Löbe, der „anständige linke" Mann, ließ den Antrag ohne Diskussion glatt unter den Tisch fallen. Und die sozialdemokratische Fraktion rührte keine Hand zur Unterstützung der Forderung der Betriebe.

Nach dieser Heldentat des Reichstags nahm der Deutschnationale Hergt das Wort, der die Regierung tadelt, weil sie auf das englische Pferd gewettet habe und dabei hereingefallen ist.

Den Beschluß der heutigen Tagung macht der Außenminister Rosenberg. Er ist der König der Phrasendrescher, und heute scheint er sich vorgenommen zu haben, sein Meisterstück zu machen. Das einzig Bemerkenswerte an der Rede war die Wiederholung des Versuchs der Wissoschen Narren, Amerika vor den deutschen Karren zu spannen. Der Versuch Rosenbergs war indessen so plump, die Umschmeichlung Amerikas so läppisch, daß man dort drüben vielleicht noch nicht einmal die Achseln über den lächerlichen Versuch zuckt.

Nach Rosenbergs Rede wurden die Verhandlungen abgebrochen, um morgen mittag 12 Uhr fortgesetzt zu werden.

Nach der Feststellung der ellenlangen Tagesordnung verkündete der Präsident Löbe schließlich, daß der Zutritt zum Reichstag künftig nur noch denjenigen gestattet sein solle, die eine schriftliche Einladung eines Abgeordneten aufzuweisen haben. Das ist die

Angst vor den Arbeiterdeputationen,

denn die Maßnahme richtet sich ausschließlich gegen die Betriebsräte und Delegationen, die aus den verschiedenen Groß-Betrieben unter dem Druck der entsetzlichen Not in den letzten Tagen die Reichstagsabgeordneten aufforderten, endlich auf Maßnahmen zur Besserung des Loses der Arbeiter zu dringen.

Diese Delegationen waren, wie sich auch aus der heutigen Reichstagssitzung ergab, der reaktionären Reichstagsmehrheit — und dazu zählen in diesem Falle auch die sozialdemokratischen Vertreter — ein Dorn im Auge. Es scheint, daß sich Präsident Löbe, der sonst nicht in den Fußtapfen Leinerts wandelt, dem Druck der Kapitalisten und seiner Parteigenossen gebeugt hat. Die Arbeiter werden sich dadurch nicht abhalten lassen, ihr Recht dort zu vertreten, wo sie es für richtig halten.

10 Uhr vorm.: Dollar 3,5 Millionen Mk.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230810-16/fragment/page=0002

Nach Cunos Leichenbitterrede

Bei Cunos letzter Rede im Reichstag war es wirklich so, wie Genosse Fröhlich dazwischen rief, daß es einen Hund jammern konnte, wie dieser Mensch redete. Oder vielmehr seinen Text ablas, der auch nicht die Spur eines neuen Gedanken oder eines Ausweges aus dem Schlamassel enthielt. Alle Welt ist sich über den Staatsbankerott einig und über die Tatsache, daß dieser Reichskanzler nur ein lebender Leichnahm ist. Die Aufnahme der Cunorede im Reichstag war äußerst kühl und nur die kommunistischen Zwischenrufe, die Cuno und die Regierung wie Peitschenhiebe ins Gesicht traten, brachten Leben in die Bude. Die Leichenbitterstimmung Cunos hätte sich sonst ganz und gar auf das „hohe Haus" übertragen. Auch in den Pressestimmen zeigt sich die geringe Resonnanz, die die Reichskanzlerrede fand. Selbst die „Vossische Zeitung" schreibt:

„Es ist für die Stellung der Parteien nicht ohne Interesse, festzustellen, daß bis tief in das Zentrum hinein und zum Teil sogar bis auf die Bänke der Volkspartei die linke Seite des Hauses zwar keine Aeußerungen des Mißfallens kundgab, aber doch auch den Kanzler ohne Beifall ließ und stumm blieb. ... Und das, obwohl der Kanzler zum Schluß ausdrücklich an das Vertrauen des Hauses appelliert hatte."

Das demokratische Blatt fährt fort: Was das deutsche Volk in den letzten Wochen erlebte, ist das ärgste an Improvisation und Dilletantismus, das bisher überhaupt geleistet worden ist ... Daß ein grundlegender Wandel in dieser Beziehung nicht beabsichtigt sei, habe die Rede des Reichsfinanzministers Dr. Hermes sehr deutlich gezeigt.

Nun aber der „Vorwärts" und das hallische „Volksblättle". Während selbst die „Vossische Zeitung" des Herrn Bernhard die Fortwurstelei erkennt und bedauert, saugt das sozialdemokratische Zentralorgan noch Honig aus den faulen Wüsten der Cuno und Hermes. Dieses ehemalige Arbeiterblatt ist so bescheiden, daß es der Regierung dankbar dafür ist, sich den „sozialdemokratischen Rotschlägen zugänglicher als sonst" gezeigt zu haben. Und der große Ethiker F. O. H. Schulz ist ganz entzückt, daß anscheinend der hilfloseKanzler in letzter Stunde bei denen Hilfe sucht, denen die Republik besondere Herzensache ist. Die Politikanten dieser sozialdemokratischen Schmotzblätter stellen sich dümmer als sie sind, wenn sie an eine Stimmungswandlung Cunos und der bürgerlichen Parteien zu glauben behaupten und auf eine radikale Finanzreform mit Hilfe der bürgerlichen Reichstagsparteien hoffen.. Es liegt diesen nämlich nur daran, ohne politisch-parlamentarische Krise in die Große Koalition hineinzusteuern. Wenn auch die elende Lage der Massen sich weiter verschlechtert — die sozialdemokratischen Parlamentsbelden haben es dann geschafft. Keine Partei und keine Presse nimmt eine so würdelose Haltung gegenüber dieser im Grunde längst erledigten Regierung an wie die sozialdemokratische. Aber auch die Stinnes'sche „Deutsche Allgemeine Zeitung" flicht dem sterbenden Kanzler Lorbeerblätter um das müde Haupt. Sie spricht dabei offen aus, daß die Regierung das deutsche Volk lieber in den Tod als in die Schmach führen möge. Neben der Schmach haben wir ja auch schon den Hungertod und das Massensterben im Lande. Das rührt die Helden der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie so wenig, daß sie statt anderer radikaler Maßnahmen und mangels irgendwie belobigungswerter Qualitäten der Cunoschen Leichenrede sich nur noch einen gewaltsamen Hinauswurf der kommunistischen „Störenfriede" durch den Reichstagspräsidenten Löbe gewünscht hätten.

Was sich die Heinze-Justiz leistet

Es verdient dauernd festgenagelt zu werden, was sich deutsche republikanische Richter leisten.

Ein Soldat, der im Jahre 1916 zu den Franzosen in der Champagne desertiert war, wurde vorgestern vom Reichsgericht, angeblich weil er auch deutsche Stellungen verraten habe, zu lebenslänglichem Zuchthaus, d. h. also, zum lebendigen Tode verurteilt. Wahrscheinlich werden solche Wahnsinnsurteile zu Ehren des davongelaufenen Wilhelm und seiner Massenmörder, die den Krieg verloren haben, von republikanischen Richtern gefällt, die die versunkene Monarchie betrauern.

Auch sonst hat die wilhelminische Rechtsprechung noch heute Geltung. In Dresden wurde der Sekretär der Gemeinschaft proletarischer Freidenker zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt, und zwar — es ist kein Druckfehler — wegen Gotteslästerung. Er soll durch Verbreitung der Schrift „Gottespest" Gott gelästert haben. Die Richter handeln nach dem Grundsatz: die Religion muß dem Volke erhalten bleiben, um die Arbeiter besser im Zaume halten zu können. Die größte Gotteslästerung aber ist es noch immer, mit Wilhelm und ähnlichen kaiserlichen Trotteln auf gleiche Stufe gestellt und strafrechtlich geschützt zu werden.

In animierter Stimmung hatte ein Berliner Amtsrichter seine Weinkneipe im vornehmen Westen verlassen und auf der Straße antirepublikanische Schimpfreden gehalten. Einigen Sipobeamten, die ihn zur Ruhe verwiesen, und als ihre Mahnungen nicht fruchteten, zur Wache brachten, bearbeitete er mit den Fäusten dermaßen, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Auf der Anklagebank kniff er. Der Staatsgerichtshof beantragte drei Monate Gefängnis, aber das Gericht ließ ihn nach Zahlung von noch nicht einer halben Goldmark wieder laufen, um als Zierde seines Standes sich gegen vor Hunger aufsässige Arbeiter weiter bewähren zu können. Er braucht sich dazu nicht einmal erst in den Weinkneipen wieder Mut anzutrinken. Die Republik läßt solchen Staatsstützen alles durchgehen und auch in der Justiz hackt eine Krähe der anderen kein Auge aus!

Max Hölz schwer krank

Infolge der furchtbaren Qualen der Einzelhaft, ist der Genosse Hölz auf das Schwerste in seiner Gesundheit geschädigt worden; um so dringlicher fordert das gesamte revolutionäre Proletariat seine Freilassung. Die Arbeiterschaft protestiert dagegen, daß einer ihrer tapfersten Kämpfer in den Gefängnissen der „demokratischen" Republik zugrunde geht, während konterrevolutionäre Verbrecher von der „Justiz" dieser Republik niemals auch nur festgehalten werden. Die Regierung sorgt nicht einmal für eine geeignete Ernährung der Gefangenen. Dauernd kommen Hilferufe aus den Gefängnissen über Hungerqualen. Die Arbeiterschaft verlangt die endliche Freilassung des Genossen Max Hölz und aller proletarischen Gefangenen, die für die Befreiung des Proletariats gekämpft haben.

Entscheidende Maßregeln!

Unsere sächsische Landtagsfraktion hat an das Präsidium des Landtages folgende Aufforderung gerichtet:

Die Not der Bevölkerung wächst ins Grenzenlose. Das Unternehmertum verweigert die Auszahlung höherer Löhne. Die Erwerbslosen bekommen jetzt eine wöchentliche Unterstützung, für die sie sich gerade ein Pfund Margarine kaufen können. Cuno ist mit seiner Politik vollständig bankrott. So kann es keinen Tag weitergehen. Die sächsischen Arbeiter verlangen entscheidende Maßnahmen zur sofortigen Besserung ihrer Lage.

Der Sächsische Landtag hat in dieser Periode die Pflicht, sofort zusammenzutreten und durch entscheidende Maßnahmen die Verhältnisse zu ändern. Die Haltung der Regierung in den letzten Wochen und der sächsische Bergarbeiterstreik machen den Zusammentritt des Landtages zur zwingenden Notwendigkeit.

Die kommunistische Landtagsfraktion fordert deshalb das Präsidium des Sächsischen Landtages auf, den Landtag sofort einzuberufen.

Mißglücktes Attentat auf Parvus. Nach einer Mitteilung der „Frankfurter Zeitung" ist der Plan eines Attentats auf Parvus aufgedeckt worden. Beteiligt daran waren ein Hauptmann a. D. Müller v. Hausen, ein Hauptmann Neuach und auch der bekannte Leutnant Krull. Gegen sie ist Anklage erhoben worden. Es wäre sehr interessant, zu wissen, weshalb die Herrschaften nicht verhaftet worden sind? Will vielleicht die Polizei die faszistischen Attentäter nicht in ihrer Tätigkeit behindern? — Noch eine Frage: Ist der Herr Krull noch immer Vertrauensmann des Reichskommissars für öffentliche Ordnung?

Die blutbefleckte „Reichsflagge". In Rollhofen kam es nach einer Meldung der Nürnberger „Fränkischen Tagespost" am vergangenen Sonntag zu einem blutigen Zwischenfall. Angehörige der Organisation „Reichsflagge" provozierten Arbeiter. Ein Arbeiter wurde durch Bajonettstoß getötet, einem anderen ist der rechte Unterschenkel zerschmettert worden. Der Täter ist 19 Jahre alt, und soll angeblich verhaftet worden sein. Die „Fränkische Tagespost" schließt ihren Kommentar mit der Aufforderung zur Bildung von Arbeiter-Selbstschutzorganisationen. Wir begrüßen die sozialdemokratische Erkenntnis. Hoffentlich bleibt sie auch bei dieser Auffassung.

Sitzung des Zentralausschusses der KPD.

Die Debatte über die politischen Referate

In der Diskussion über den Bericht über die Erweiterte Exekutive, das Referat Brandlers und den Bericht über die Lage in Frankreich brachte Genossin

Ruth Fischer

die Auffassung der Richtung zum Ausdruck, die vor allem in der Sachsenfrage Fehler der Zentrale glaubt feststellen zu können. Die revolutionäre Situation bedinge, mit den Uebergangsforderungen auch das weitergesteckte Ziel in der Propaganda herauszustellen. Die Verhältnisse hätten die Möglichkeit einer Arbeiter-Regierung schwinden lassen; man müßte daher jetzt klar und deutlich die Parole der Diktatur des Proletariats vor der breitesten Oeffentlichkeit propagieren. Von der Rechten werde die Machtfrage gestellt, die Kommunistische Partei dürfe keinen Zweifel darüber lassen, daß sie die Diktatur des Proletariats erstrebt.

Genosse **Kleine** gab in der Diskussion von der Situation folgende Darstellung: Ideologisch hat die KPD. Einfluß gewonnen auf breite Schichten. Aber das organisierte Proletariat ist organisatorisch immer noch gegen uns gebunden. Auf der anderen Seite eine gutorganisierte, gutbewaffnete Macht der Konterrevolution. Das sind ungleiche Kräfte. Mit der nur ideologisch beeinflußten Masse in den Bürgerkrieg hineinzugehen, bedeute Niederlage, bedeute Vernichtung. Die entscheidende Frage sei daher die, wie wir den ideologischen Einfluß verstärken durch organisatorische Erfassung der jetzt noch gegen uns gebundenen Kräfte. Die Loslösung der Massen von der SPD. und der Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Bureaukratie, das sei das Hauptproblem. Mit der „sächsischen Taktik" hat die Loslösung begonnen und gute Fortschritte gemacht. Und trotz aller Fehler und Mängel in der sächsischen Taktik würden die Erfolge noch viel größer sein, wenn Sachsen aus dem Reiche unterstützt worden wäre.

Genosse **Böttcher** führte aus, niemand habe gesagt, daß die Zeigner-Regierung ein Bollwerk gegen den Kapitalismus sei. Trotzdem enthält sie Aktivposten für die Arbeiterklasse. Darüber, daß eine neue zentralistische Partei unmöglich ist, besteht im wesentlichen auch unter den Weimaranern in der VSPD. Klarheit. Es ist falsch, wenn Ruth Fischer sagt, mit ADGB. und VSPD. sei ein Kampf im Rahmen der Einheitsfront unmöglich. Ebenso falsch ist, wenn wir, je näher der Macht, die Uebergangsforderungen beiseite und die konkreten Machtforderungen in den Vordergrund stellen wollen. Gerade jetzt ist es nötig, die Parole der Arbeiter- und Bauern-Regierung hervorzuheben.

Stöcker: Obwohl die separatistische Bewegung durch die Politik Poincares und Cunos an Einfluß gewonnen hat, dürfen wir die Gefahr eines separatistischen Putsches nicht überschätzen. Viel größer ist die Gefahr einer Separation auf „kaltem Wege", durch vertragliche Internationalisierung des Rhein-Ruhrgebietes.

Ewert: Schon in Kürze treibt die Entwicklung zu einer Katastrophe. Die Ausweisungspolitik gegen die Eisenbahner wird übertragen auf die Berg- und Hüttenarbeiter. Ausbrechende Kämpfe im Ruhrgebiet können nicht geleugnet werden zu Machtkämpfen, wenn nicht zugleich die Bewegung im Reiche einsetzt. Das Gerede über die Liquidierung des Ruhrabenteuers ist müßig. Es gibt entweder eine Liquidierung oder den schärfsten proletarischen Kampf gegen alle kapitalistischen Regierungen.

Unsried: Die Aufstellung der Parole: Arbeiter- und Bauern-Regierung ist die erste Bresche in den Ring der Konterrevolution. Wir müssen uns von der sozialdemokratischen Auffassung unserer Stellung zu der Landbevölkerung befreien. Wir müssen unsere Ideen um jeden Preis an die Kleinbauern herantragen.

Thomas (Thüringen): Die Sachsenfrage ist nicht nur vom sächsischen Standpunkt zu betrachten. Die Weimarer Konferenz bedeutet auch die Aufrollung der inneren Front in Thüringen.

Schoenlank: Die „Linke" auf dem Leipziger Parteitag warnte vor der Aufstellung der Parole „Arbeiter-Regierung", bevor nicht eine neue revolutionäre Welle komme. Heute, wo diese Welle im Anwachsen ist, haben sie Furcht vor der eventuellen Verwirklichung dieser Forderung. Hinter dieser Stellung der Opposition verbirgt sich nur schlecht die Abneigung vor jeder aktiven praktischen Arbeit.

Koenen: Ein Hauptproblem ist: Wie neutralisieren wir den Mittelstand, die Beamten, die Bauern? Wie kommen wir den Bestrebungen des Großkapitals in dieser Beziehung voraus? Es wird gerade den Berlinern mit ihren Diktaturgelüsten sehr schlecht gehen, wenn sie vergessen, das agrarische Hinterland für sich zu gewinnen. Wir sollen nicht von der Diktatur des Proletariats, sondern um der breiten Mittelschichten willen, von den diktatorischen Maßnahmen der Arbeiter- und Bauern-Regierung sprechen. Wir müssen uns wegen des Ruhrskandals an die linken SPD.-Leute wenden. Wir können bei der Erörterung der nationalen Frage nicht scharf genug betonen, daß Deutschland eine Kolonie des Ententekapitals ist.

Siewert (Erzgebirge-Vogtland): Berliner Genossen haben keinen Einblick in die tatsächlichen Verhältnisse. Entscheidend für unsere Arbeit ist nicht das Gerede, sondern der Erfolg. Die Wählen der Metall- und Textilarbeiter sind Erfolge. Die vielleicht für die nächste Zukunft gültige Form der Lohnregelung, wie sie von den Bau- und Metallarbeitern des oberen Erzgebirges angewandt wurde, ist nicht opportunistisch. Wir dürfen sie uns nur nicht über den Kopf wachsen lassen.

Urbahns (Hamburg): Nach dem Begriff der Norddeutschen ist ein Bauer ein Kapitalist. Deshalb ist die Parole Arbeiter- und Bauern-Regierung falsch.

Genosse **Albert** (Frankreich) überbringt die Grüße der KP. Frankreichs und des gesamten revolutionären Proletariats. Die KPD. würdigt die große Bedeutung, die die KPD. hat angesichts der neuen revolutionären Welle. Sie verfehle vor allem den Kampf um die Schichten, die der Faszismus in seine Klauen zu ziehen versucht. Die KPF. hat den Kampf gegen die Action française mit Erfolg geführt. Die Hoffnungen der Reformisten auf den offenen Konflikt zwischen Frankreich und England sind vergebens. Dieser Konflikt wird erst kommen, wenn in Deutschland die revolutionären Auseinandersetzungen einen gewissen Grad erreicht haben. Poincaré wird erledigt durch die deutsche Revolution. Das Ententekapital führt heute einen Präventivkrieg gegen die deutsche Revolution an der Ruhr. Aus diesen Gründen kämpft die KPF. gegen das Ruhrabenteuer und gegen die separatistischen Bestrebungen Poincarés. Die französischen Kommunisten sind angesichts der kommenden revolutionären Auseinandersetzung bereit, mit der KPD. zu einer klaren, Erfolg versprechenden Aktionsgemeinschaft zu kommen.

Nach verschiedenen persönlichen Bemerkungen und Erklärungen läßt Genosse Pieck abstimmen über die Resolution „über die Taktik der KP. Bulgariens", über die „Thesen über den Faszismus" und über die von einer Konferenz der verantwortlichen Gewerkschaftsarbeiter gestellten Anträge. Diese werden einstimmig angenommen.

Ueber die „Leitsätze über die politische Lage" wird namentlich abgestimmt. 45 Genossen stimmen dafür, 9 enthalten sich der Stimme.

Daraufhin wird die Sitzung des Zentralausschusses nach einem Schlußwort des Genossen Pieck geschlossen.

Aus Sowjet-Rußland

Die Ausgabe von Tscherwonez

Die veröffentlichte Emissionsbilanz der Reichsbank zeigt, daß zum 1. August die Summe von 135 Millionen Goldrubeln an Tscherwonez (10 Goldrubel) herausgegeben wurden, der Rest des Emissionsrechts beträgt etwa 10 Millionen. Die herausgegebenen Tscherwonez sind bis 60 Prozent mit Edelmetallen und ausländischer Valuta, bis 40 Prozent mit kurzfristigen Obligationen sichergestellt.

SOEBEN ERSCHIEN:

Die vaterländischen

MÖRDER

DEUTSCHLANDS

Das Ergebnis des Münchener Hochverratsprozesses

Die schärfste Anklage gegen den

FASCHISMUS

Vereinigung Internation. Verlags-Anstalten
Berlin SW 61 G. m. b. H. Planufer 17

Zu beziehen durch:

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.,
Abt.: Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
*442 und deren Filialen,
sowie Buchladen „Tribüne", Magdeburg, Jakobstraße 4.

Hebung der Landwirtschaft in der Ukraine

Laut Bericht des Statistischen Zentralamtes hat sich die Anbaufläche gegenüber dem Vorjahre um 13 Prozent erweitert, die Anbaufläche des Sommerroggens um 110 Prozent. Es wird eine Brotgetreideernte von 767 Millionen Pud erwartet. Nach Deckung der Steuern und des Bedarfes der Bevölkerung wird ein Ueberschuß von 100 Millionen Pud bleiben.

Geplante Fluglinie Petrograd—Wladiwostok

In Moskau ist ein Komitee ins Leben gerufen worden, das sich die Herstellung einer Fluglinie Petrograd—Nischni-Nowgorod—Kasan—Ekaterinburg—Wladiwostok zur Aufgabe stellt.

Neue Kaolinfunde in Perm

In der Nähe der Stadt Kungura (Gouvernement Perm) sind neue Lagerstätten von hochwertigem Kaolin entdeckt worden. In ihrer Umgebung finden sich reiche Vorkommen an Quarzsand, Gips, Solinit und Braunkohle. Das Industriebureau des Ural will bei diesem Vorkommen das eines der reichsten Kaolinvorkommen des Ural ist, eine keramische Fabrik bauen, welche in der Lage sein würde, um 75 Prozent billiger als das russische Zentraltrayon zu produzieren.

Import landwirtschaftlicher Maschinen durch den „Selskossojus"

Der Allrussische landwirtschaftliche Produktionsgenossenschafts-Verband „Selskossojus" importiert in diesem Jahre landwirtschaftliche Maschinen auf einen von der Staatsbank gewährten Kredit von 400 000 Goldrubel. Außerdem beabsichtigt der „Selskossojus", auf einen vom Landwirtschaftskommissariat gewährten landwirtschaftlichen Kredit hin, für 500 000 Goldrubel landwirtschaftliches Inventar im Auslande anzukaufen, darunter: 100 Traktoren, 200 Garbenbinder, 200 Diskus-Eggen, 500 Garbenhabeln usw. Mit einigen ausländischen Firmen sind Kreditabkommen bei Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen getroffen worden.

Ausland

Absage an den Faszismus

Am 7. Juli fand in der metallurgischen Abteilung der Turiner Fiatwerke eine Ersatzwahl zu dem im Dezember vorigen Jahres gewählten Betriebsrat statt. Dieser bestand nur aus Faszisten, da sich bei der damaligen Wahl von 1200 stimmberechtigten Arbeitern nur 245 an der Wahl beteiligt hatten. Zu der Ersatzwahl hatte der freigewerkschaftliche Verband keine eigene Liste aufgestellt, da auch selbst bei einem Erfolg die Faszisten durch die im Betriebsrat weiter verbleibenden Mitglieder die Mehrheit behalten hätten. Diesmal waren 1131 Arbeiter stimmberechtigt. Von diesen beteiligten sich 380 an der Wahl. Von den abgegebenen Stimmzetteln waren 172 weiß, 10 ungültig und die übrigen 103 für die faszistische Liste. Die Faszisten waren jedoch mit diesem „Erfolg" nicht zufrieden; sie annullierten die Wahl und ließen am 14. Juli noch einmal wählen. Infolge angedrohter Terrormaßnahmen war denn auch diesmal die Wahlbeteiligung größer als vor einer Woche. Es wurden 567 Stimmzettel abgegeben. Von diesen waren 250 ungültig, 225 weiß und — 92 für die faszistische Liste.

Lohnkämpfe in Holland

Der Streik in der Behälterbranche, der mehrere Wochen gedauert hat, ist siegreich beendet worden. Die Unternehmer haben die Forderungen der Arbeiter vollständig bewilligt. In Zukunft soll der Stundenlohn für einen ersten Monteur 58 Cents, für einen zweiten Monteur 70 Cents und für einen Hilfsmonteur 55 Cents betragen. Das ursprüngliche Angebot der Unternehmer war um 5 Cents für die Stunde niedriger.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230810-16/fragment/page=0003

Aus der Partei

Fortschritte im Bezirk Hessen-Frankfurt

In den Monaten Mai, Juni, Juli sind folgende 39 Ortsgruppen neu gegründet worden:

Im Unterbezirk **Ost:** Niederrodenbach, Ravolzhausen, Rückingen, Steinau, Sterbfritz, Udenhain, Wächtersbach, Windecken, Oberau, Breitenborn, Weilers, Büdesheim, Gelnhausen, Haingründau, Hettenhausen.

Im Unterbezirk **Süd:** Lindenfels, Reichenbach i. O., Bickenbach, Eberstadt, Höchst i. O., Hofheim i. Ried, Kirschbrombach, Pfungstadt.

Im Unterbezirk **Mitte:** Niederfloristadt, Niedermöllstadt, Seulberg.

Im Unterbezirk **West:** Buchenau, Frauenstein.

Im Unterbezirk **Nord:** Biedenkopf, Daubringen, Heuchelheim bei Gießen, Oberrosphe, Roedgen bei Gießen, Herborn, Sinn, Betzschbach, Lollar, Wiesek, Betzberg.

Diese Fortschritte sind erzielt worden, obwohl fast die Hälfte des Bezirks befetzt ist und deshalb dort keine öffentliche Propaganda- und Agitationsarbeit möglich ist. Ueberall kommen die Ortsgruppen der KPD. ins Wanken.

Kommunistische Erfolge

In Frankfurt a. M. hatte die VSPD. in den letzten Tagen eine große Versammlungskampagne in Szene gesetzt. Doch mußten die Sozialdemokraten die Wahrnehmung machen, daß die Diskussionsredner der KPD. bei weitem größere Erfolge hatten, als ihre eigenen Redner. Versuche, die Versammlungen ohne Diskussion zu schließen, mißlangen. Als z. B. in Sachsenhausen die Versammlung ohne Diskussion geschlossen werden sollte, wurde die Versammlung unter Leitung der KPD. wieder eröffnet und es blieben weit über die Hälfte, um die Ausführungen der Kommunisten zu hören. Wir hatten zahlreiche Uebertritte in die KPD. zu verzeichnen.

Im Bezirk Magdeburg sind in der Werbewoche neun Ortsgruppen gegründet worden. Es wurden 946 Männer und 90 Frauen, zusammen 1036 neue Mitglieder in die Partei aufgenommen und 750 Zeitungsleser gewonnen. Den größten Anteil an der Werbearbeit haben die Betriebszellen die bereits in 34 Betrieben bestehen. Die Zelle im Betrieb R. Wolff, A.-G., Magdeburg-Buckau, hat allein 120 Mitglieder und 150 Zeitungsleser gewonnen. Ein Genosse brachte 39 Aufnahmen und 42 Zeitungsleser. Bei der Beurteilung dieses Erfolges ist zu berücksichtigen, daß der Bezirk Magdeburg-Anhalt eine Hochburg der VSPD. ist.

Die Bezirksleitung Großthüringen beschloß, für August vorläufig folgende Beitragssätze festzulegen: Klasse 1: 8000 Mark; Klasse 2: 6000 Mark; Klasse 3: 1000 Mark. Für den Fall weiterer enormer Geldentwertung soll nochmals zu einer weiteren Erhöhung der Beiträge Stellung genommen werden.

Gewerkschaftsbewegung

Proletarische Einheitsfront in Italien

Am 12. Juli tagte in Rom eine Versammlung der Sekretäre und Delegierten derjenigen Ortsgruppen der freigewerkschaftlichen Verbände, die der (selbständigen) Arbeitskammer von Rom angeschlossen sind. Es waren Delegierte der Verbände der Papierarbeiter und Buchbinder, Buchdrucker, Kleinbahner, Straßenbahner, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Staatsarbeiter, Gasarbeiter, Bäckereiarbeiter, Gastwirtsgehilfen und des Kinematographenpersonals anwesend. Nachdem über die Differenzen zwischen der römischen Arbeitskammer und der Konföderation diskutiert und erneut beschlossen worden war, sich keinesfalls dem Diktat D'Aragonas zu unterwerfen, wurde über einen Vorschlag der römischen Ortsgruppe des Bäckereiarbeiterverbandes, die Einheitsfront des römischen Proletariats herzustellen, diskutiert. Nach längerer Debatte wurde der Vorschlag der Bäckereiarbeiter einstimmig angenommen. Die römische freigewerkschaftliche Arbeitskammer wird infolgedessen für die Bildung einer gemeinsamen Kommission zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront eintreten, in der je drei Vertreter der römischen freigewerkschaftlichen Arbeitskammer, des freigewerkschaftlichen Gewerkschaftsbundes sowie der römischen syndikalistischen Arbeitskammer sitzen sollen. Als Vertreter der freigewerkschaftlichen Arbeitskammer wurden in das Komitee Martini, Pace und Stagnetti gewählt.

Eine Warnung für allzu abenteuerlustige Auswanderer

enthält ein Brief, den wir dem „Volkswillen" (Hannover) entnehmen:

Aus dem wilden Westen!

Lieber Freund . . . . .

Du wirst schon lange auf eine Nachricht gewartet haben, aber ich wollte nicht eher schreiben, bis ich einen Ueberblick über die Verhältnisse hier hatte, wie Du siehst, schreibe ich aus dem wilden Westen. Ja, hier ist es wild, einen ordentlichen Nitt von Neuyork und sieht es hier sehr wild aus in betreff der Arbeitsverhältnisse. . . . Hier haben die Kapitalisten es fertig bekommen, wo sie dort nach hinstreben, nämlich die Gewerkschaften beseitigt, und was das bedeutet, das spüre ich jetzt, denn ich war ja auch einer von denen, denen alles nicht schnell genug geht . . . Ich beschwöre Euch, seid einig und steht fest in der Gewerkschaft, denn hier gibt es keinen Achtstundentag mehr. Hier heißt es zwölf Stunden mit einer halbstündigen Pause durchgehend . . . reine Gefängnisarbeit, hier mußt Du Dein Pensum machen und darfst zu keinem reden. Hier heißt es zwölf Stunden intensiv arbeiten. Ich arbeite des nachts von 6 Uhr abends bis morgens ½7 Uhr. Dann bin ich wie aus dem Wasser gezogen und dem Zusammenbrechen nahe. Das sind die Folgen der Beseitigung der Gewerkschaften. Paßt auf, daß es dort nicht so kommt . . . erzähle jedem, was es bedeutet, die Gewerkschaften zu zerschlagen.

Aus diesem Brief sollten die deutschen Arbeiter lernen, wie notwendig es ist, alles daranzusetzen, daß die Gefahr der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Bureaukratie beseitigt wird. Die Erhaltung der gewerkschaftlichen Einheit und die Beseitigung der die Einheit gefährdenden Elemente ist das Gebot der Stunde!

Für die Beschlüsse der internationalen Transportarbeiter-Konferenz

Eine Generalversammlung der Ortsverwaltung Düsseldorf des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes beschloß einstimmig, folgendes Telegramm an den Vorstand der Internationalen Transportarbeiter-Föderation abzusenden:

Die Transportarbeiter Düsseldorfs stellen sich voll und ganz hinter die Beschlüsse der Internationalen Transportarbeiter-Konferenz in Berlin. Sie verlangen vom Vorstand, sofort alle Maßnahmen zu treffen, die Beschlüsse in die Tat umzusetzen.

Hoch die internationale Einheitsfront gegen die drohende Kriegs- und Faszistengefahr.

Die Transportarbeiter Düsseldorfs.

Wachsender Einfluß der RGJ. in Portugal

Bekanntlich ist die Allgemeine Arbeitskonföderation von Portugal (Confederacao General de Trabalho) anarchosyndikalistisch orientiert und ihre Führer bekämpfen die RGJ. auf das schärfste. Aber in einer ganzen Reihe von Verbänden beginnt die RGJ. Fuß zu fassen und immer mehr organisiert sich eine Opposition gegen die Konföderationsführer, welche ihre Sympathie für die russische Revolution und für die RGJ. bezeugt. Besonders stark ist die Opposition in den Syndikaten des Personals der Militärarsenale, der Eisenbahn des Südens und des Südwestens, der Bademamten, der Handelsangestellten, der Metallarbeiter und der Hutmacher. Die Syndikate der Kassierer und des Personals der Marinearsenale sind vollständig in den Händen der Anhänger der RGJ. Ihr Organ ist der „Obrero Arsenalista" in Lissabon.

Am 15. Mai veranstalteten die Anhänger der RGJ. in Lissabon eine große Versammlung, in welcher die Genossen Luiz, Gabriel und Inacio sprachen, und in der eine Resolution angenommen wurde, welche die russische Revolution und die RGJ. begrüßt.

Eine unerhörte Schandtat

Die Maler, Schreiner und Bauarbeiter des Saargebietes stehen in einem schweren Kampfe gegen das saarländische, scharfmacherische Unternehmertum. Dieses wirft klassenbewußte Arbeiter auf die Straße und sucht Streikbrecher und Lohndrücker, um auf solche Art die klassenbewußten Elemente gefügig zu machen.

Angesichts solcher erhältnisse bringt es ein Organ der Sozialdemokratie, die „Rheinische Zeitung" (Köln), fertig, folgendes Inserat aufzunehmen:

Vollleistungsfähige Maler- und Schreinergehilfen
sowie sonstige Bauhandwerker finden Beschäftigung zum Stundenlohn von Frs. 2,10 im Saargebiet. Für Kost und Logis wird Sorge getragen. Der Erteilung der Einreiseerlaubnis in das Saargebiet steht nichts im Wege.

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe,
Saarbrücken 3, Königin-Luisen-Straße 47.

Das Organ des „Mustersozialdemokraten" Söllmann hat sich mit dieser „Tat" selbst übertroffen.

Warnung vor einem Schwindler! Die Gewerkschaften der sächsisch-thüringischen Bezirke werden vor einem Schwindler gewarnt, der sich als ein aus dem Ruhrgebiet vertriebener Steinsetzer Otto Schulz oder Karl Weimann ausgibt. Besonders versucht er, die Filialkassen des Steinsetzerverbandes zu brandschatzen. Auf Grund von Verbandsbüchern, die anscheinend auf unrechtmäßige Weise in seine Hände gelangt sind, spielt er den Vertriebenen und fordert unter Vorlegung gefälschter Dokumente größere Summen. In zwei Fällen hat er mit seinen Schwindeleien Erfolg gehabt, während er in anderen strikt abgewiesen wurde. Bei seinem Wiederauftauchen ist sofort die Polizei zu benachrichtigen und seine Verhaftung zu veranlassen. — Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Vom Tage

Massenunfall in einem Zirkus. Nach Blättermeldungen aus Waldenburg (Schlesien) brach nach einer Vorstellung des hier gastierenden Zirkus Sarrasani infolge übermäßigen Drängens des Publikums nach dem Ausgang die Tribüne an einer Stelle. Sämtliche darauf stehenden Personen stürzten etwa zwei bis drei Meter tief in den Zirkusraum. Die meisten Verunglückten trugen Knochenbrüche und Verstauchungen davon.

Unglück auf der Rennbahn. Bei den vorgestern in Leipzig abgehaltenen Motorradrennen um den Titel des deutschen Bahnmeisters, kam einer der besten deutschen Rennfahrer, Georg Retiene, Charlottenburg, kurz vor Schluß des Rennens infolge Reifenschadens zu Fall. Er schien nur eine leichte Kopfverletzung erlitten zu haben, ist aber nachts 3 Uhr im Krankenhause an innerer Verblutung gestorben.

Ein Brot 240 000 Mk., eine Straßenbahnfahrt 20 000 Mk. Am Mittwoch ist der Mehlpreis um 60 Prozent, also auf 28½ Millionen Mark für den Doppelzentner gestiegen. Die Berliner Bäcker verlangen deshalb von heute, Freitag, an, für ein markenfreies 4-Pfd.-Brot 240 000 Mk., für ein Brötchen 12 000 Mk. Der Berliner Magistrat hat den Fahrpreis auf der Straßenbahn auf 20 000 Mark erhöht.

Klassenkampf-Leser!

Unsere Trägerinnen berichten, daß ein großer Teil den Abonnementsbetrag von 55 000 resp. 65 000 Mk. für die erste Monatshälfte August noch nicht gezahlt hat. (Erleichtert die Einkassierung, zahlt sofort!

Postbezieher!

Soll der „Klassenkampf" ab 15. August regelmäßig weiter eintreffen, so muß die Nachzahlung von 40000 Mark sofort an unseren Verlag erfolgen. Benutzt dazu unsere Zahlkarte.

K·P·D Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Unterschaftskassenkommission. Montag, 13. August, abends 7 Uhr: Sitzung.

11. Distrikt. Sonnabend, 11. August, abends 7½ Uhr. Funktionärsitzung beim Genossen Klaus.

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27 (Volkspark), geöffnet Dienstags und Donnerstags, abends 6 bis 8 Uhr. Bücherverzeichnisse jederzeit zu haben: Volksbuchhandlung, Harz 42/44.

halle-Saalkreis

Passendorf. Sonnabend, 11. August, abends 8 Uhr, im Gasthof „Drei Lilien": Mitgliederversammlung.

Osmünde. Sonntag, 12. August, nachmittags 3 Uhr, bei Mösslein: Mitgliederversammlung.

Distrikt Dölau-Lettin-Schiepzig-Lieskau. Sonnabend, 11. August, abends 8 Uhr, im Gasthof Tenner in Lieskau: Distriktsvollversammlung.

Kreis Delitzsch

Güß (Landsberg). Sonnabend, 11. August, abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Versammlung. Referent: Genosse Sachse, Halle.

Kreis Merseburg

Leuchstaedt. Sonnabend, 11. August, abends 8 Uhr, im Lokal „Stadt Leipzig": Oeffentliche Versammlung.

Kötschen-Beuna. Sonnabend, 11. August, abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Tollwitz. Freitag, 10. August, abends 8 Uhr im „Trompeterschlößchen": Große öffentliche Versammlung. Referent: Genosse Oertel (Halle).

Kreis Querfurt

Querfurt. Sonnabend, 11. August, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zur Sonne": Oeffentliche Versammlung.

Taucha. Sonntag, 12. August, abends 7 Uhr, im „Grünen Baum": Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Smolka, Weißenfels.

Hohenmölsen. Sonntag, 12. August, abends ½8 Uhr, bei O. Rupsch: Mitgliederversammlung.

Kreis Zeitz

Aue. Sonntag, 12. August, nachm. 4 Uhr, bei Schubert: Mitgliederversammlung.

Kreis Naumburg

Tröbsdorf. Sonnabend, 11. August, abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung.

Alle Ortsgruppen der KPD.

die Veranstaltungen vornehmen, und hierzu Drucksachen benötigen, sind verpflichtet, diese in unserer Druckerei herstellen zu lassen.

Bekanntmachung.

Mehl- und Brotpreise.

Auf Grund des § 35 des Gesetzes über Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 4. Juli 1922 (R.-G.-Bl., S. 537) wird zu der Anordnung über Regelung des Brot- u. Mehlverbrauchs gegen Brotmaisen v. 9. Aug. 22 folgender

Nachtrag

erlassen:

Artikel 1, § 4, Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Der Höchstpreis beträgt

für ein Roggenbrot zu 1800 Gramm	30000 Mk.
für ein Weißbrot zu 85 Gramm	1540 „
für 335 Gramm Roggenmehl	4000 „
für 335 Gramm Weizenmehl	4250 „

für Zwiebäcke werden Höchstpreise nicht festgesetzt.

Artikel 2. Dieser Nachtrag tritt mit dem 12. August 1923 in Kraft.

Mit dem gleichen Tage wird der Nachtrag vom 2. Aug 1923 aufgehoben.

Halle a. d. S., den 9. August 1923.

645 **Der Kreisausschuß des Saalkreises.**

Vereine

benötigen

Drucksachen!

Bestellt diese bei der **Prod.-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstr. 14**

Fordert Offert. ein.

Arb.-Sänger-Chor.
Jeden Mittwoch, ab. 8 U. i. „Volkspark": **Singestunde.**

Frauen- und Mädchen-Chor.
Mittwoch, 8. Aug., ab. 8 Uhr, i. „Volksp.": **Singestunde.**

Gleichsenstiner Arbeiter-Liederkranz!
Mitgl. d. Kommun. Arb.-Sänger-Bos.
Vereinslokal: „Lüder. Berg", Neiß
Jeden Freitag, abds. 8 U. **Singestunde.** Dieselbe Aufnahme neuer Mitglieder.

Die Naturfreunde.
Heim Weidenpl. 20. Zahlabd. u. Fahrtenbesprechung: Freitag, v. ½8-10 Uhr. Bis Dienstag: Gruppenabende. Freitag: Mitgl. (Notenspieler), ab. 7½ Uhr, i. Heim, Laurentiusstr. 29. Sonntag: Wanderung n. d. Plauzerhain (Badesachen). Ab: 7 Uhr, vom Wettin. Platz (Norden). — Nach dem Siedshaus Meßbung b. heute abd (Mitte). — Botanische Wanderung. Ab 7 Uhr vom Rannischen Platz (Süden). — An allen Fahrten sind Gäste willkommen. Jugendgrupp.: Nach Hohenweiden. Ab ½6 Uhr v. Marktplatz. Kindergrupp.: Halbtags-Wanderung. Gruppe Leipzig Ab: 8 Uhr vom Marktplatz. Montag, ab 7 Uhr: Wichtige Sitzung der Führerkommiß. im Heim, Weidenplan.
Sonderzug n. Eisenach fällt aus. — Siehe lokalen Teil.

Freiend.-Genossenschaft „Naturfreunde"
Zahlstelle Halle.
Durch Verbot der Sonderzüge kann der Zug a. 19. d. M. nach Eisenach nicht fahren, eingezahlte Gelder sind heute abend v. 8-10 Uhr im Heim, Weidenplan 20, zurückzufordern.

Arb.-Esperanto-Bund f. d. deutsche Sprachgebiet
Ortsgruppe Halle.
Jeden Donnerstag, in der Alten Volksschule, Neue Promenade, Zimmer 7, von 7-10 Uhr: Zusammenkunft und Uebungsstunde.

Allg. Arbeiter-Union (Rev. Betr.-Org.).
Heute, ½8—8 Uhr: Kassenstunde. Von 8 Uhr an Mitgl.-Versammlung.

Arb.-Samar.-Kol. Halle
Mitglied des Arb.-Samariterbundes. E. V.
Jeden Dienstag Uebungsstunde a. d. Sandanger, bei Schlechten Werter Charlottenschule.

Proletarischer Kulturverein. Halle.
Lokal: „Lüder. Berg".
Heute, Freitag, im Volkspark: Proletarische Abendfeier. Anfang 8 Uhr. Die Vorverkaufskarten müssen bis ½5 Uhr abgerechnet werden.

I. Kall. Mand.-Orchest.
Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im Zeichensaale der alten Volksschule, Neue Promenade: Uebungsstunde. Sonnabd., 11. Aug., abends 7½ Uhr, in „Stadt Dresden": Monats-Versammlung.

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Halle.
Sonntag, d. 12. Aug.: Tour nach Queis. Abf.: 1 Uhr vom Riedechplatz.

D. Arb.-Abstin.-Bund. Ortsgr. Halle. Geschäftsstelle: Zinkgartenstraße 15.
Bibliothek: Bücherausgabe jed. Montagnachm. 5-6 Uhr.
Freitg., ab. ½9 Uhr, Gruppe W.: Zusammenkunft.
Sonntag: Wanderung sämtl. Bezirke nach Kaßenteich. Treffp.: Vorm. 6 U. a. d. Marktpl. Norden, ½7 U., Kröllwitzer Brücke. Per Bahn, 9 Uhr, ab Hettstedt Bahnhof. Montag, ab. ½7 U.: Vorsts.- u. Funktionär-Sitzung. Alle müssen z. d. wichtig. Sitzung erscheinen. Bezirksleit., Material abholen.

Arb.-Schwimmverein, Halle a. S.
Mitglied des Arb.-Turn- u. Sp.-B.
Uebungsstunden im Florabad: Dienstags und Freitags von 8—9 Uhr für sämtl. Abteilungen. Sonnabd., 11. Aug. Außerordentl. Mitglieder-Versammlung. Tagesordn.: Nachforderung zum Abonnement im Florabad.

Kom. Kindergruppe.
Heute: Notenausg. 16.
Freitag: nachmitt. 4 Uhr: Spielen a. der Peißnitz.
Sonntag, früh 4 U.: Tagesfahrt. Treffen: Arb. Peißnitz.
Montag, nachmitt. 5 Uhr: Funktionär-Sitzung. Für Gr. Norden bei Engel, Gr. Zentr. 1. Jgd.: heim, Gr. Süden i. d. Pr.-Genossensch. Erscheinen aller ist Pflicht.

Kom. Jugend. Halle.
Rathausstraße 16. Heim geöffnet von 6—8 Uhr.
Bibliothek: Mittwoch von 8-9 Uhr.
Jeden Montag und Mittwoch Abrechnen der Zehnerschs.-Kassierer.
Freitag fällt d. Mitgliedsversammlg. aus, dafür: Teilnahme a. d. Veranstaltung d. Kulturverwaltung.
Sonntag: Tagestour nach Seeburg. Abmarsch ½7 Uhr, vom Hallmarkt.
— Fahrt nach der Düben Heide. Auskunft u. Anmeldg. heute abend i. Heim bei Gen. Krech.
Montag, ab. 8 Uhr: Treffen aller Mandolinenspieler im Jugendheim wegen e. wichtg. Besprechg. Instrumente mitbringen.

Trotha

Arb.-Bildungsverein. Trotha
Lokal: Trotha. Rathaus.
Heute, Freitag, 8 Uhr: Dramat. Abteilg.
Dienstag, 8 Uhr: Jugend-Abteilung.
Mittwoch, 8 Uhr: Gesangs-Abteilg.
Freitag, 8 Uhr: Jgd. Mandol.-Abteilg.

Kröllwitz

Arb.-Bildungsverein. Kröllwitz
Vereinslok. Lindenhof.
Uebungsstunden.
Gesangs-Abteilung.
Mittwoch von 8 bis 10 Uhr.
Turn-Abteilung:
Dienstags u. Freitags v. 8—10 Uhr.
Jugd.-Mand.-Abt.: heute, Dienstag, von 7—9 Uhr, u. Donnerstag von 7—9 Uhr.
Erscheinen ist Pflicht Mitgliedskart. mitbringen.

Mansfelder Hof,
Mansfeldstraße 29.
Werte Genossen!
Sonnabend u. Sonntag:
Gemütlich. Abend
J. V.: **Keilhold**
3643 und **Frau.**

Geselligkeit.
Junge Leute im Alter von 20 bis 35 Jahren, die gewillt sind, einem
Arbeit.-Rauchklub
beizutreten, wollen ihre Adresse an
A. Koch,
Steinweg 8, hof part., abgeben. 3644

Gold-, Silber-, Platinbruch, alte Zahngebisse Uhren, Ketten, Ringe
kauft lauend
Metall-Kontor
A. Abramowitz
Schmeerstr. 14, I.
(Kein Laden.)

Thalia-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Der große Erfolg! *441
Mag auch die Liebe weinen
Nur noch bis einschließlich Sonnabend.
Am **Sonntag, den 12. August,**
Operettenschlager
„Die kleine Sünderin".

Herren-Ausstattung.
Handschuhe, Strumpf-Wollwaren, Ledergarnen, Spielwaren, Dauerwäsche.
G. Liebermann,
Geiststraße 42.

Rohprodukten
kauft ständig zu reellen Tagespreisen
Richard Walther,
Marienstraße 7.

Druck sachen

Geschäftsladen
mit Nebenraum wird zu mieten gesucht. Bedingung: Zentrum der Stadt in verkehrsreicher Geschäftsstraße. Ausführliche Angebote unter Nr. 3605 an die Geschäftsstelle des „Klassenkampf" erbeten.

Gasthof Wolfen
Sonnabend, den 11. August:
Sommernachtsball,
veranstaltet vom
Wolfener Ballspiel-Klub.
Sonntag, den 12. August: *444
vornehmer Ball,
Gute Musik! Neueste Tänze!
Ausgeführt vom Dessauer Mandolinenklub Tiefstern.

alle Art liefert zu zeitgemäßen Preisen die Lederhaus Buch- und Kunstdruckerei der Prod.-Genossensch. e. G. m. b. H. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. — Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter.

Komplette Küche
mit gr. Büfett, Vertiko, englische Bettstelle m. Matr., gr. Trumeauspiegel alles gut erhalten.
O. Thormann,
Gr. Steinstr. 16, 2. Hof. 3646

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230810-16/fragment/page=0004

Klassenkampf

Halle und Saalkreis

Halle, den 10. August 1923.

Ungeheure Kohlenpreis-Erhöhung

Die arbeitende Bevölkerung muß im Winter frieren

Eine WTB.-Meldung aus Berlin vom 10. August besagt:

Die Organe der Kohlenwirtschaft beschlossen gestern eine **Kohlenpreiserhöhung um etwa 352 Prozent.** Der Bruttopreis für rheinisch-westfälische Fettförderkohle wird sich hiernach von bisher 5 158 000 Mark je Tonne auf 23 257 000 Mark erhöhen. Entsprechend verändern sich die Preise für die anderen Reviere. Die **neuen Preise gelten ab 9. August bis Ende nächster Woche.** Alsdann wird eine **automatische Anpassung an die Lebensmittel- und Großhandelsziffer eintreten.**

Es kann sich demnach jeder ungefähr ausrechnen, was ein Zentner Briketts ab 9. August kostet. In Halle kostet zum Beispiel jetzt ein Zentner Brikett 203 000 Mk., darauf 350 Prozent, macht also pro **Zentner über 700 000 Mark.** Dieser unverschämte Wucher der Kohlenmagnaten wirkt so aufreizend, daß es wahrlich keiner weiteren Worte bedarf.

Was erhalten die Bergarbeiter?

Daß die Kohlenbarone bei den Verhandlungen über Kohlenpreiserhöhung und Lohnfestsetzung wieder das Fett abgeschöpft haben, zeigt folgende WTB.-Meldung:

„Im Reichsarbeitsministerium wurde am 9. August mit Vertretern des Stein- und Braunkohlenbergbaues eine **Erhöhung der Löhne ab 6. August um zirka 245 Prozent** beschlossen."

Die Kohlenbarone erhalten **352 Prozent,** die Bergarbeiter 245 Prozent. Prolet, was sagst Du nun dazu? Wie lange duldest Du noch diese verfluchte kapitalistische Wirtschaft?

An alle Arbeiterkinder!

Die Deutsche Republik feiert am Sonnabend ihren Geburtstag. Auch die Schulen sollen feiern. Die Lehrer werden, genau wie im Kriege, den Arbeiterkindern wieder sagen, sie sollen das deutsche Vaterland über alles lieben. Wie das deutsche Vaterland aussieht, sehen wir heute alle. Die Kapitalisten schimpfen zwar auf die Franzosen, verhetzen die Arbeiter. Die Prozentschieber aber machen dabei gute Geschäfte. Die Eltern der Arbeiterkinder aber wissen nicht, wo sie das tägliche Brot hernehmen sollen. **Arbeiterkinder von Halle!** Beweist am Sonnabend Euren Lehrern, daß Ihr einig sein wollt mit den Kindern der andern Länder, und sagt es allen anderen Kindern, daß Deutschland kein Vaterland für Arbeiter ist. Unser Vaterland müssen wir uns erst erkämpfen. Helft alle mit und weigert Euch, den nationalistischen Klimbim mitzumachen.

Kommunistische Kindergruppe.

Abschlagszahlung für die Angestellten

Der AfA-Bund teilt mit: Die am Mittwoch mit der Allgemeinen Arbeitgebervereinigung gepflogenen Verhandlungen über die erste August-Abschlagszahlung führten zu folgender Vereinbarung: Es ist den Angestellten sofort ein Juli-Brutto-Gehalt zu zahlen. Am 14. August finden weitere Verhandlungen über eine sofort fällig werdende Abschlagszahlung statt. Die Unterhändler der Arbeitgebervereinigung setzen sich dafür ein, daß anschließend an die am 14. August stattgefundenen Verhandlungen die Beratungen über die Gestaltung der Wertbeständigkeit der Angestelltengehälter begonnen werden.

Unorganisierte Helden

Am Dienstag trat die Belegschaft der Grube Alt-Scheerben und am Mittwoch die Belegschaft des zur Grube gehörigen Kohlenhofes (Hallesche Pfännerschaft) geschlossen in den Streik, weil sich seit längerer Zeit in der Belegschaft ein Arbeiter befindet, der es nach seinen eigenen Angaben nicht nötig hat, einer tarifschließenden Organisation anzugehören. Bei einigen vorgenommenen Buchkontrollen, durch die das Organisationsverhältnis festgestellt werden sollte, hat der Betreffende ein altes, nicht auf seinen Namen lautendes Verbandsbuch vorgezeigt, um den Anschein zu erwecken, daß er organisiert sei. Es hat sich aber herausgestellt, daß der Mann, der natürlich dem Stahlhelm angehört, nicht organisiert ist. Als die Belegschaft der Grube in den Streik trat, haben die Grubenbeamten den Mann auf ihrem Bureau in persönlichen Schutz genommen, und mit einem Beamten erschien er in der Belegschaftsversammlung. Auf Befragen der Kameraden, warum er sich nicht organisieren wolle, erklärte der Mann, nachdem ihm sicher im Bureau der Rücken gesteift war: „Ich arbeite bereits 4 Jahre auf dem Werke und habe noch nicht nötig gehabt, mich zu organisieren. Ich lasse mich nicht zwingen, denn ich brauche auch in Zukunft keinen Verband."

Dieser Mann, der sich natürlich nicht schämt, an jedem Lohntag den Lohn einzustecken und die sonstigen Vorteile zu genießen, die ihm die Kameraden der vertragschließenden Organisationen errungen haben, ist nicht etwa ein alter, denkunfähiger Arbeiter, sondern der etwa 26jährige Elektriker Friedrich Schniegler aus Dölau. Daß der Direktion der Halleschen Pfännerschaft der Mann, der auch sonst in seiner Arbeitsleistung nicht gerade auf vollster Höhe stehen soll, lieber ist als die gesamte alte Belegschaft, beweist ihre schützende Hand, die sie über diesen Mann hält.

Mitgliederversammlung der Zimmerer

Am Dienstag fand eine Mitgliederversammlung der Zimmerer statt, die zu dem Lohnabkommen vom 4. August Stellung nahm. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete die Lohnkommission Bericht über das Ergebnis der Vereinbarung. Für die Lohnwoche vom 2. bis einschließlich 8. August wird ein Spitzenlohn von 65 000 Mk. gezahlt, für die Lohnwoche vom 9. bis einschließlich 15. August soll die am 9. August herausgekommene Reichsindexzahl als Aufschlag zu dem Lohn von 65 000 Mk. Geltung haben. Die nächsten Verhandlungen finden am 17. August in Magdeburg statt.

Eine sehr lebhafte Debatte bewegte sich in der Richtung, daß man sich nicht ohne weiteres den Indexzahlen allzuviel hinneigen sollten, da dieser Index nicht alles erfaßt und damit auch eine weitere Verelendung Platz greift. Notwendig ist und bleibt, den Kampf um den Friedensreallohn zu führen. Das bedingt gewerkschaftliche Einheit und Aktivität der Mitglieder. Es wurde beschlossen, bei den kurzfristigen Lohnabschlüssen die Versammlung nicht jedesmal tagen zu lassen, sondern allmonatlich. An dessen Stelle sollen die Funktionäre jeden Dienstag im Verbandsbureau die Resultate und die Lohntafeln entgegennehmen. An Stelle des von Halle ausscheidenden Mitgliedes und 2. Schriftführers Karl Mehl wurde Otto Richter gewählt. Laut Bekanntmachung des Zentralvorstandes im „Zimmerer" Nr. 30 sind für den Kampffonds des Verbandes im 3. Quartal drei Wochenbeiträge besonders zu zahlen, und zwar je einen Beitrag für die 31., 35. und 39. Beitragswoche.

Aus dem Kartellbericht war zu ersehen, daß für August eine Umlage von 33 000 000 Mk. bei 23 000 zahlenden Mitgliedern aufzubringen ist. Bei dieser Umlage entfällt auf unsere Organisation ohne den Pflichtbeitrag eine Summe von über 700 000 Mk. Für den Bezirk Giebichenstein-Osten wurde der Kamerad Arno Banse als Bezirkskassierer gewählt. Die bis zum 7. August nicht abgeholten Solitaridätsgelder wurden nach einem einstimmigen Beschluß zur Hälfte der Roten Hilfe und der Lokalkasse überwiesen. Am 10. August findet auf allen Plätzen und Baustellen eine Buchkontrolle statt, über das Ergebnis ist Bericht zu erstatten. Auf Antrag wurde beschlossen, in diesem Jahre das Stiftungsfest am 8. September im „Volkspark" abzuhalten. Die bis heute noch nicht abgeführten Pflichtbeiträge wurden auf Antrag von der Versammlung einstimmig auf den dreifachen Betrag erhöht. Nächste Funktionärsitzung am Dienstag, dem 14. August, abends 7½ Uhr, am Verbandsbureau.

Zum Verfassungstag!

In den Armen liegen sich beide oder die Weimarer Verfassung wie sie ist.

Zeichnung von George Grosz.
Aus „Abrechnung folgt", Malik-Verlag, Berlin.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Gewerkschaftsfraktionsleitungen und Industriegruppenvertreter. Heute abend 8 Uhr in der „Produktiv-Genossenschaft": Wichtige Sitzung. Sämtliche Leitungen müssen vertreten sein. Eine besondere Einladung erfolgt nicht.

* **Ein Pfund Margarine 650 000 Mark!** Nach Besprechung mit den Margarine-Groß- und Kleinhändlern ist vereinbart worden, daß der Margarinepreis für einfache Sorte heute 650 000 Mk. beträgt, für bessere Qualitäten jeweils 100 000 Mk. mehr. — Wenn heute also ein Arbeiter ein Pfund Margarine kaufen will, so muß er mehr als zehn Stunden arbeiten; denn die meisten Arbeiter haben noch keinen Stundenlohn von 65 000 Mk.

* **Der Zucker wird teurer!** Wie gemeldet wird, hat am Mittwoch in Berlin eine Sitzung der Zuckerindustrie stattgefunden, zu der auch Vertreter der zuckerverbrauchenden Gewerbe hinzugezogen waren. Von Vertretern der Zuckerindustrie wurde mitgeteilt, daß die augenblicklich noch laufenden Lieferungsverträge mit sofortiger Wirkung annulliert würden, da die Industrie sonst nicht mehr in der Lage sei, die von der Landwirtschaft geforderten neuen Preise für Rüben zu bezahlen. Eine Belieferung mit dem vertraglich zugesagten Quantum Zucker könne nur dann stattfinden, wenn die Abnehmer auf die alten Verträge verzichteten und sich zur Zahlung der neuen Preise bereit erklärten. Angesichts der Markentwertung wurde vorgeschlagen, den Doppelzentner Zucker mit 8,5 bis 12 Millionen Mark zu verkaufen.

† **Verfünffachung der Postgebühren ab 1. September.** Dem Verkehrsbeirat der Reichspost lagen bei seinen Verhandlungen am Mittwoch drei Vorlagen vor: Einführung von Grundgebühren, die je nach der Geldentwertung mit einer Indexziffer vervielfacht werden. Da das Ministerium nicht glaubt, daß dies neue Gesetz rechtzeitig vor dem 1. September zur Verabschiedung gelangt, so ist außerdem ein Entwurf vorgelegt, der auf jeden Fall ab 1. September eine Verfünffachung der jetzigen Gebühren vorsieht. **Schließlich wurde über die Erhebung eines „Ruhrzuschlages" gesprochen.** Gegen den letzteren erhoben sich grundsätzliche Bedenken, u. a. weil diese Steuer in dieser Form auch von den Ruhrbewohnern selbst getragen werden müßte. Beim Fernsprechwesen sollen bei dieser Gelegenheit die Grundgebühren abgeschafft, und durch eine Mindestgesprächsgebühr ersetzt werden. (20 bis 50 Gespräche monatlich, je nach der Größe des Ortes.)

* **„Notgeld" des Mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus** (in Scheinen über je 1 Million Mk.) ist jetzt in den Verkehr gebracht worden. Es wird soweit kommen, daß jeder Betrieb, jedes Werk sein eigenes „Geld" herausgibt. Auf diese Weise verschafft man sich große Profite, denn man kann unterdessen mit dem „richtigen" Gelde wirtschaften und spekulieren. Das scheint auch der Hauptzweck der Uebung zu sein. Die Kapitalisten verstehen ihr Geschäft, wie man sieht, sehr gut. Der Arbeiter hat nun eine neue Sorge: wie er dieses Geld wieder los wird!

* **Die neuen Preise auf der Reichsbahn!** Ab 1. August 1923 gelten folgende Fahrpreise usw.: Personenverkehr: Die Fahrpreise der 1. und 2. Klasse werden um 300 v. H. und der 3. und 4. Klasse um 250 v. H. erhöht, d. h. es betragen die Fahrpreise in der 1. und 2. Klasse das 16fache und in der 3. und 4. Klasse das 10fache (abgerundet) der Junifahrpreise. Mindestfahrpreise für Einzelfahrten u. Zeitkarten werden auf Grund der Entfernung von 8 Kilometern errechnet. Für Militärfahrkarten beträgt der Einheitssatz 150 Mark (unter Berücksichtigung der allgemeinen Abrundungen) für das Tarifkilometer. Die Schnellzugszuschläge betragen: in der 1. Klasse bis 75 Kilometer 64 000 Mk., bis 150 Kilometer 128 000 Mk., über 150 Kilometer 192 000 Mk.; in der 2. Klasse bis 75 Kilometer 62 000 Mark, bis 150 Kilometer 64 000 Mk., über 150 Kilometer 96 000 Mk.; in der 3. Klasse bis 75 Kilometer 10 000 Mk., bis 150 Kilometer 20 000 Mk., über 150 Kilometer 30 000 Mk. Eine Bahnsteigkarte kostet 3000 Mark. Die Preise für Erlaubniskarten zum Betreten der Bahnsteige (zum An- und Abbringen von Zeitungsbriefen) werden um 300 v. H. erhöht. Die Bettkartenpreise einschließlich Fahrpreiszuschlag sind wie folgt festgesetzt: 1 Klasse 600 000 Mk., Vormerkgebühr 60 000 Mk.; 2. Klasse 300 000 Mk., Vormerkgebühr 30 000 Mk.; 3. Klasse 120000 Mk., Vormerkgebühr 12000 Mk. Für die Reisenden die ihre Reise — auch Rückreise — bis zum 3. August, nachts 12 Uhr, beenden können, kommt in Frage, die Fahrkarten bereits am 31. Juli zum alten Preise zu lösen, da die viertägige Gültigkeitsdauer durch die Tariferhöhung nicht aufgehoben wird. Mit Fahrkarten von längerer Gültigkeitsdauer als vier Tage, die mit einem Tage des Monats Juli abgestempelt sind, muß die Fahrt nicht, wie in einzelnen Zeitungsnachrichten steht, bis 5. August, sondern bis einschließlich 3. August angetreten werden. Die Erhöhung der Fahrpreise gilt auch für alle im August verkehrenden Sommersonderzüge. — Gepäck- und Expreßgutverkehr: Die Gepäckfracht wird um 300 v. H. erhöht; es beträgt somit die Fracht für 10 Kilogramm und ein Kilometer 128 Mk. Die Expreßgutfracht entspricht dem jeweils um 60 v. H. erhöhten Eilgutfracht. Mindestfracht für Gepäck und Expreßgut 3000 Mk. — Güter- und Tierverkehr: Die Güter- und Tierfrachten werden um 150 v. H. erhöht.

* **243 Milliarden Mark für Kleinrentner.** Außer einer Summe von 81 Milliarden Mark hat das Reich jetzt weitere 162 Milliarden den Ländern zur Unterstützung von Kleinrentnern (nicht Sozialrentnern) zur Verfügung gestellt. Von dieser Summe entfallen auf Preußen 99½ Milliarden und hiervon auf Berlin 9,6 Milliarden Mark. Der Hauptanteil an dem Preußen überwiesenen Anteil ist für die Rheinlande bestimmt, diese erhalten 31 Milliarden, ihnen folgt Westfalen mit 11½ Milliarden, die Provinz Brandenburg soll mit 5 Milliarden bedacht werden.

* **Der Mitteldeutsche Mieterverband** hält am Sonnabend, dem 11. August, abends 7½ Uhr, eine Vorstands- und Funktionärsitzung ab. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist bei der Wichtigkeit der Tagesordnung (Besprechung über die Verhandlungen mit dem Magistrat und den Haus- und Grundbesitzern am Sonnabend, dem 11. August) unbedingt erforderlich.

* **Volkspark.** Wegen des am heutigen Abend stattfindenden Gartenkonzertes der Proletarischen Kulturvereinigung ist der Eingang für Versammlungsbesucher nur von der Gosenstraße aus.

Theater und Konzerte

Freie Volksbühne. Die Mitgliedskarten für das 4. Kunstjahr dienen zugleich als Theaterkarten für alle 10 Werke. Sie werden an die alten Mitglieder noch bis 10. August ohne Preisaufschlag abgegeben. Am Freitag bleibt die Geschäftsstelle deshalb bis 7 Uhr abends geöffnet.

Dölau, Lettin, Schiepzig und Lieskau. Aus der Partei. Am Sonnabend, dem 11. August, Distriktsversammlung in Lieskau bei Tenner. Erscheinen aller Parteigenossen ist Pflicht.

Aus der Provinz

Wertbeständige Löhne im Bergbau

Die Organisationen haben das Abkommen unterzeichnet

Am Mittwoch ist nach vorausgegangenen Verhandlungen zwischen Arbeitervertretern und den Unternehmern der Stein- und Kohlenreviere ein Abkommen unterzeichnet worden, das, wie so schön gesagt wird, „die Kaufkraft der Bergarbeiterlöhne sichern soll." Soll! Die Bergarbeiter werden aber gar bald merken, wie sie wieder über den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230810-16/fragment/page=0005

Löffel barbiert worden sind, sie werden nach wie vor verspüren, daß der Wert ihres Lohnes immer weiter sinkt — trotz wertbeständiger Löhne. Das Abkommen ist nur ein neues Mittelchen, um die Arbeiterschaft von ihren eigentlichen Kampfzielen (Kampf um den Friedensreallohn und im weiteren Verfolg Sturz der kapitalistischen Wirtschaft) abzuhalten. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird sich davon aber auch nicht durch „wertbeständige Löhne" abhalten lassen, zumal sie weiß, daß trotzdem eine Rettung aus dem bestehenden Chaos nicht mehr möglich ist.

Das Abkommen hat folgenden Wortlaut:

1. Zwischen den Organisationen wird allmonatlich ein Normaltariflohn vereinbart unter Berücksichtigung der in den Revieren herrschenden Teuerung und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Reviere.

2. Wenn voraussehen ist, daß im Laufe des Monats eine erhebliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten eintritt, soll der Normaltariflohn um einen zwischen den Tarifparteien zu vereinbarenden Zuschlag erhöht werden, der die Wertbeständigkeit des verdienten Lohnes bis zum Auszahlungstage möglichst gewährleistet. Solange die Geldentwertung im gegenwärtigen Ausmaß fortschreitet (zunächst für den Monat August) wird dieser Zuschlag zwischen den Tarifparteien wöchentlich vereinbart.

3. Der gegebenenfalls um diesen Zuschlag erhöhte Normaltariflohn ändert sich von Woche zu Woche entsprechend der prozentualen Aenderung der Reichsindexziffer gegenüber dem Stande bei Festsetzung des Normaltariflohnes. Die Festsetzung der Aenderungsziffer erfolgt allwöchentlich Mittwochs nachmittags durch eine paritätische Kommission in Berlin.

4. Die wöchentliche Reichsindexziffer wird getrennt für das besetzte und unbesetzte Gebiet festgesetzt und der Berechnung des Zuschlags gemäß § 3 für beide Gebiete zugrunde gelegt. Für das besetzte Gebiet soll jedoch keine niedrigere Ziffer zugrunde gelegt werden als für das unbesetzte Gebiet.

5. Auszahlung wird baldigst nach Abschluß der Lohnwoche (von Montag vormittag 6 Uhr bis Montag vormittag 6 Uhr) ein möglichst großer Teil des Verdienstes dieser Woche zur Auszahlung gebracht. Die Vereinbarungen über die Einzelheiten dieser Zahlung und der Restlohnzahlung erfolgt in den Revieren.

6. Diese Vereinbarung gilt bis auf weiteres. Sie kann erstmalig zum 31. August 1923 mit einwöchiger Frist, von da an vierzehntägig, gekündigt werden.

Neue Löhne für das Verkehrsgewerbe

Für die Arbeitnehmer im Handels- und Transportgewerbe für Halle und Umgegend nebst Merseburg haben die Tarifparteien (Arbeitgeberverband und Deutscher Verkehrsbund) für die Woche vom 4. bis 10. August neue Löhne vereinbart. Für die folgenden Wochen im laufenden Monat entfällt auf die geltenden Lohnsätze der jeweils vorwöchentlich veröffentlichte Teuerungszuschlag, den die Reichsindexziffer ergibt.

Lohntabellen für jede Woche sind an den zuständigen Stellen jeden Freitag für die Mitglieder der Vertragsparteien zu erhalten.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt im Juli 1923

(Bericht des Landesarbeitsamts.)

Trotz der Schwierigkeiten, mit denen viele Industriezweige zu kämpfen hatten, erfuhr die Lage des Arbeitsmarktes unter der Einwirkung des weiteren Verfalls der Mark und der Jahreszeit entsprechend eine weitere Besserung. Die rasch steigenden Preise drängten Ausland und Inland zu starken Käufen, und die Anpassung der Löhne an die allgemeine Preisbewegung, die, von geringen Ausnahmen abgesehen, sich ohne ernstere Reibungen vollzog, wahrte im allgemeinen die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes. Außerordentlich günstig war die Lage des Arbeitsmarktes in der Landwirtschaft, im Hoß- und Baugewerbe, für Hauschilfinnen und für Angestellte im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe. Hier bestand fortdauernd große Nachfrage und machte sich starker Mangel an tüchtigen Kräften geltend. Gut beschäftigt waren auch der Bergbau, die chemische Industrie und größtenteils die Industrie der Steine und Erden, wenn auch ihr Bedarf an Arbeitskräften geringer war und nicht ausreichte, das vorhandene Angebot voll aufzusaugen. Wechselnd war die Lage der Metall- und Maschinenindustrie, in der vor allem die Abschnürung des Ruhrgebiets eine allgemeine, durchgreifende Belebung verhinderte und in der trotz einer gewissen Besserung hohe Zahlen Arbeitsloser und Kurzarbeiter vorhanden waren. Aehnlich war die Lage der Bekleidungsindustrie und im Tabakgewerbe, in denen trotz gewisser Ansätze zur Belebung ein normaler günstiger Beschäftigungsgrad nicht erreicht wurde. Für ungelernte Arbeiter boten sich zwar vermehrte Arbeitsgelegenheiten, doch stellten sie, wie immer, den größten Teil der Arbeitslosen.

Die Ziffer der vollunterstützten Erwerbslosen sank von 7113 am Ende vorigen Monats auf 4774 Ende dieses Monats. Sie erreichte damit ungefähr wieder den Stand, den sie bei Beginn des Ruhreinbruchs hatte. Auf den Regierungsbezirk Magdeburg entfielen 2087 (2802), Merseburg 1013 (1813), Erfurt 1396 (1961) und Freistaat Anhalt 278 (537). Die Zahl der Kurzarbeiter stieg von etwa 4300 auf 5600, nachdem sie Mitte Juli vorübergehend unter 4000 gesunken war.

Eine Landesbühne für die Provinz Sachsen?

In einer Sitzung im Oberpräsidium wurde die Gründung einer Landesbühne der Provinz Sachsen in Form einer G. m. b. H. beschlossen. Der geschäftsführende Vorstand besteht aus vier Personen. Im Aufsichtsrat sind vertreten: die Preußische Landesbühne, die Besucherorganisation, die Vertreter der Städte und der Oberpräsident. Der Zweck dieser Gründung soll sein, den Spielplan der Theater zu heben und den kleineren Städten ohne Theater gute Aufführungen zu bieten. Das Reich wird durch erhebliche Zuschüsse die Existenzfähigkeit dieses Unternehmens ermöglichen.

Wir wollen erst einmal nähere Mitteilungen abwarten, ehe wir uns weiter mit dem Plan beschäftigen. Es ist überhaupt fraglich, ob der Plan durchgeführt werden kann angesichts des Finanzelends, in dem wir uns befinden. Die „erheblichen Zuschüsse des Reiches" werden wohl nur auf dem Papier stehen.

Frankleben. Unerhörte Provokation der Angestellten im „Stahlwerk Frankleben". In letzter Zeit haben planmäßige Maßregelungen der Betriebsräte eingesetzt, denen auch unser Genosse Paul Schneidewind zum Opfer fiel. Seit mehr als einem Jahr ist er im „Stahlwerk Frankleben" als Obmann tätig und zugleich Obmann des Gesamtbetriebsrats. Der Genosse Schneidewind hatte am Sonnabend mit dem Betriebsleiter der mechanischen Werkstätten eine Auseinandersetzung. Die am Montag zu seiner fristlosen Entlassung führte, — noch mehr — man ließ dem Kollegen Schneidewind nicht mehr den Betrieb betreten, obwohl diesem definitiv nicht bekannt war, daß er entlassen ist. Wir wollen heute die Gründe, die zur Entlassung führten, nicht unterlichen. Dies wird Aufgabe des Schlichtungsausschusses sein. Wir halten es aber für angebracht, der Oeffentlichkeit zu sagen, wie das skandalöse Verhalten der Angestellten dazu beiträgt, einen Keil zwischen Arbeiter und Angestellte zu treiben. Man gestattete dem Genossen Schneidewind nur unter Aufsicht, seine Privat- und Betriebsratsangelegenheiten zu erledigen. Diese Aufsicht führte Herr „Agthe". Ein Mann, der erst einmal Schüler im Deutschen Arbeiter-Abstinenten-Bund machen müßte, was eigentlich nach Ansicht der Direktion ein Grund zu fristloser Entlassung wäre. Er schafft dafür einen Ausgleich, indem er das WMG. umgeht. So ordnete er an, daß 14- bis 15jährige Lehrlinge in zwei Schichten arbeiten müssen. Dies sind jedenfalls Gründe, die der Direktion Veranlassung geben, den Agthe als sehr angenehm zu finden. Denn Profit ist etwas anderes als Ausbildung. Jugendschutz und Gesundheit der Lehrlinge. Daß auch Herr Agthe wie alle anderen Angestellten ein Rundschreiben unterzeichnet haben, daß, wenn der Genosse Schneidewind wieder eingestellt wird, sie den Betrieb verlassen wollen, ist ein starkes Stück. Jedenfalls sind diese Angestellten nicht würdig, Mitglieder der AfA. zu sein. Wir nehmen an, daß sich die AfA. damit beschäftigen wird. Wenn sie als Angestellte sich zu einer solchen Handlungsweise hinreißen lassen, um damit dokumentieren zu wollen, „Ordnung muß sein" — dann müssen sie mit der Arbeiterschaft zusammengehen und haben zu verlangen, daß im Falle Schneidewind unter allen Umständen der vorschriftsmäßige Weg eingehalten wird. Es scheinen aber andere Gründe zu sein. Wenn man von der „Gieserei" aus „Ordnung" predigen will, dann muß man schon im familiären Kreise zuerst anfangen. Wenn die Angestellten von der mechanischen Werkstatt es vorziehen, sich mit der Direktion und Betriebsleitung zu solidarisieren, dann nicht erst mit Schmutz nach den genannten Körperschaften werfen, denn dies gibt ein Bild, an den die Götter Freude haben. Im übrigen glauben wir, nicht deutlicher werden zu müssen. Den Angestellten sagen wir: „lieber hochmütig sein, als niederträchtig".

Tollwitz bei Dürrenberg. Sturmzeichen — Arbeitermord! Der Bergarbeiter Gustav Kunze aus Tollwitz, 56 Jahre alt, wurde vergangene Nacht gegen 11 Uhr, als er mit noch einem Arbeitskollegen per Rad von der Schicht zurückkehrte, Dürrenberg kommend, in seinem Heimatsdorfe auf der Chaussee Markranstädt-Dürrenberg erschossen. Der Schuß traf ihn die Seite, so daß er sofort tot vom Rade fiel. Zur Stunde liegt der Leichnam noch an der Mordstelle. Ob der tödliche Schuß vom Flurschutz abgegeben wurde, muß die Untersuchung ergeben. Der Arbeiterschaft hat sich eine ungeheure Erregung bemächtigt, da der Erschossene als ein ruhiger solider Mann allgemein bekannt ist.

Holzweißig. Achtung, Kriegsopfer! Sonntag, den 12. August, findet im Häserschen Gasthof, vormittags 9 Uhr, eine Zusammenkunft der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen statt, die dem Internationalen Bund der Kriegsopfer Deutschlands sympathisch gesinnt sind. Der Unterbezirksleiter wird über die Ziele desselben Aufschluß geben.

Eilenburg. Ein Glas Bier 35 000 Mk. Der Gastwirteverein Eilenburg und Umgegend gibt bekannt, daß ab 10. August ein Glas Bier 35 000 Mk. kostet. Bei solchen Preisen ist es ausgeschlossen, daß ein Arbeiter noch einen Tropfen Bier trinken kann.

Dessau. „Wertbeständige" Angestelltengehälter. Die Verhandlungen der Angestelltenverbände mit dem Anhaltischen Arbeitgeber-Verband über wertbeständige Gehälter für den Monat August haben zu einer Vereinbarung von Grundgehältern geführt, die sich aus dem Juligehalt plus 140 Prozent Aufschlag ergeben. Diesen Grundgehältern ist die Reichsindexziffer vom 30. Juli 1923 mit 71,476 zugrunde gelegt. Es erfolgt eine wochenweise Gehaltszahlung, so zwar, daß für jedes Wochengehalt die Indexziffer des Montags der betreffenden Woche maßgebend ist. Die Gehaltswoche zählt von Montag bis Sonntag. Die Auszahlung erfolgt jeweils an dem der Gehaltswoche folgenden Montag. Bei der Gehaltszahlung werden auf die auszuzahlenden Gehälter als Vorauszahlung 50 Prozent Zuschlag geleistet. Dieser Zuschlag wird bei der Auszahlung des nächsten Wochengehaltes verrechnet und eine neue 50prozentige Vorauszahlung auf das neue Wochengehalt geleistet. Im Laufe dieser Woche erhalten die Angestellten einen Vorschuß in Höhe des Juligehaltes. Das Abkommen ist versuchsweise für den Monat August vereinbart worden.

Arbeiter-Sport

Achtung! Arbeitersportler! Achtung!

Das Sportkartell übergab dem HJC. Minerva 09 vor drei Wochen den Sportplatz neben dem Stadion. Seitdem herrschte Hochbetrieb auf dem Platz, denn es gilt, denselben zu bearbeiten, einzusäumen, mit einem Wort, spielfähig zu machen. Unter schwersten Opfern der Mitglieder wurde das dazu gehörige Holz beschafft. Bei den Umgrabungen beteiligten sich die Vereinsmitglieder größtenteils, um einen Platz, mitzuwirken an dem Werk, wo vom jüngsten bis zum ältesten ein jeder eifrig bei der Sache war. Nur dadurch war es möglich, den Platz in so kurzer Zeit spielfertig zu stellen, daß der Spielbetrieb endlich aufgenommen werden konnte. Selbstverständlich mußte der Gegner herangeholt werden, welcher der zurzeit gut in Form befindlichen Minerva-Mannschaft durchaus ebenbürtig war. Das ursprünglich am Sonnabend angesetzte Spiel wurde durch Verhängung von Spielverbot von seiten des Bezirksvorstandes des 6. Bezirks illusorisch gemacht. Da im ganzen Bund die Serienspiele anfangen, wäre es überaus schwer gewesen, eine Mannschaft zu vertrichten, die den hässlichen Arbeitersportlern etwas geben kann.

Minerva-Sportplatz am Stadion (Gesundbrunnen)

Sonntag, den 12. August, vormittags ½11 Uhr:

Platz-Einweihungsspiel

Ballspielklub 06-Kassel — Minerva 1.

(Anwärter der vorjährigen Bundesmeisterschaft).

Nun hat die Vereinsleitung das Spiel auf Sonntag vormittag ½11 Uhr verlegt, da am Nachmittag die Arbeiter-Athleten Hochbetrieb haben. Verpflichtet ist der Kasseler Ballspielklub 06. Im Vorjahre spielte Kassel als mitbewerber Minerva gegen Leipzig-Stötteritz um die Bundesmeisterschaft. Vor vier Wochen weilte die Mannschaft in der Tschechoslowakei. Gewann von drei Spielen zwei. Eins davon gegen den tschechischen Meister. Eine Mannschaft, welche schon jahrelang zusammenspielt, noch aus der Zeit, als Kassel 66 noch bürgerlicher „Ring"-Verein war. So ist ein Fußballkampf zu erwarten, der durchaus dem Spiel Wien 20—Minerva entspricht, dessen sich wohl jeder Arbeitersportler erinnern kann. Somit ist jedem Gelegenheit geboten, einem spannenden Kampf zu folgen. Minerva spielt in folgender Aufstellung: Wien, Lange, Schulz, Simon, Fritze, Reitsch, Schütze, Zelling, Paton, Vergil, Worm. Vorher spielen die Kleinen, und zwar: Gleichchenkeiner Ballspielklub-Schüler—Minerva-Schüler. Dann folgen die anderen Spiele, wie schon bekanntgegeben. Zuletzt stehen

Die Kontrollausschüsse sind zum Armbindentragen und zur Preisprüfung befugt

So hat dieser Tage die Ferienstrafkammer des Landgerichtes Berlin entschieden. Dort fand eine Verhandlung statt, deren Ergebnis recht interessant und bei der gegenwärtigen Situation geeignet ist, das Interesse der breitesten Bevölkerungsschichten zu erwecken, insbesondere auch in unserem Bezirk, wo zahlreiche Kontrollausschüsse vorhanden sind, die von den Behörden und der SPD. lebhaft bekämpft werden. Wir können uns schließlich zu denken, daß unsere Landgerichte in Halle und Naumburg vorkommenden Falles vielleicht eine andere Entscheidung treffen würden, aus bekannten Gründen, aber das Urteil des Berliner Landgerichts festigt denn doch in gewisser Beziehung die Stellung der Kontrollausschüsse. Nötigenfalls müßte ein solcher Streitfall vor der nächsthöheren Instanz zwecks endgültiger Entscheidung ausgetragen werden.

Ueber die Verhandlung lesen wir in der „Roten Fahne":

Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Der Genosse Bollmann und die Genossinnen Altmann, Arnhold, Hohmann und Wipperling veranstalteten als Mitglieder des Neukölner Kontrollausschusses am 11. Mai d. J. einen Rundgang auf dem dortigen Wochenmarkt. Sie prüften bei mehreren Händlern die Wagen, da kurz zuvor ein Händler beim Gewichtsbetrug abgefaßt worden war. Sie ließen auch mehrfach Margarinepackungen, die von ihnen oder anderen Frauen gekauft worden waren, nachwiegen und stellten besonders bei der Vollemargarine Mindergewichte von 20 bis 30 Gramm fest. Sie veranlaßten außerdem mehrere Händler, die das gesetzlich vorgeschriebene Preisverzeichnis nicht ausgehängt hatten, dies sofort zu tun. Als sie bei dem in dieser Zeit in Massen auf dem Markt befindlichen Rhabarber erhebliche Preisunterschiede an den einzelnen Ständen entdeckten, veranlaßten sie einen Händler, der besonders hohe Preise nahm, den Rhabarber um 50 Mark pro Pfund billiger zu verkaufen.

Alle Kontrollausschußmitglieder trugen weiße Armbinden. Ihren Anforderungen wurde von den Händlern ohne Weiterungen überall nachgekommen. Als sie die Herabsetzung des Rhabarberpreises erreicht hatten, stürzte jedoch der Polizeiwachtmeister Hermann Gutsche auf den Genossen Bollmann zu und nahm diesen und die anderen Kontrollausschußmitglieder, die weiße Armbinden trugen, mit zur Wache.

Hierauf wurde Anklage erhoben. Nicht etwa gegen den Wachtmeister, der die Mitglieder des Kontrollausschusses an der Ausübung selbstverständlicher staatsbürgerlicher Rechte gehindert hatte und der auch die Preisherabsetzung an weiteren Stellen vereitelte, sondern gegen den Kontrollausschuß Neukölln.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Jacobs-Martini, stellte die vorstehend geschilderten Tatsachen an Hand der Aussagen der Kontrollausschußmitglieder fest. Zur weiteren Beweiserhebung wurde der Polizeiwachtmeister, der die Arretierung vorgenommen hatte, und der Neuköllner Stadtrat Friedrich Waldheim (MSPD.) vernommen. Letzterer spielte eine überaus klägliche Rolle. Trotzdem der vorsitzende Landgerichtsdirektor schon während der Verhandlung feststellte, daß die Kontrollausschußmitglieder der Ansicht waren, selbstverständliche Staatsbürgerrechte auszuüben, beschwor der sozialdemokratische Stadtrat, daß er den „Herren und Damen des Kontrollausschusses" gesagt habe, sie dürfen nicht als Kontrollausschuß auftreten und müssen für alles, was sie entgegen dieser Drohung tun, die Verantwortung tragen. Ferner teilte er mit, daß das Bezirksamt Neukölln dem Kontrollausschuß die Anerkennung versagt habe, da es „nicht zuständig" sei.

Soweit wie dieser sozialdemokratische Stadtrat ging sogar der Staatsanwalt nicht. Er stellte lediglich einen formalen Verstoß gegen das Strafgesetzbuch fest, weil sich der Kontrollausschuß eine amtliche Tätigkeit angemaßt habe, und beantragte 50 000 Mark Geldstrafe.

Das Gericht kam zu einem Freispruch. Der Kontrollausschuß darf Armbinden tragen; dieses ist sogar nötwendig, damit nicht der Eindruck erweckt werde, er komme von einer Behörde, sondern die Armbinde macht ihn als Mitglied einer Verbraucherorganisation kenntlich.

Der Kontrollausschuß darf das Anhängen von Preistafeln von den Händlern verlangen.

Der Kontrollausschuß darf gekaufte Waren nachwiegen lassen.

Der Kontrollausschuß darf die Herabsetzung von Lebensmittelpreisen verlangen, wenn er nur durch Ueberredung Preisherabsetzungen zu erreichen sucht und in Weigerungsfalle Polizei gegen den Händler, der zu hohe Preise verlangt, heranziehn.

Durch dieses Urteil sind zahlreiche Unklarheiten beseitigt. Die Kontrollausschußmitglieder können im Rahmen dieser gerichtlichen Feststellung ihre Tätigkeit ausüben. Der Rechtsanwalt Genosse Bartasch, der den Kontrollausschuß sehr geschickt verteidigte, stellte überdies noch fest, daß sich die Kontrollausschüsse bei ihrer weitergehenden Tätigkeit auf die verelendenden Massen der Arbeiterschaft stützen werden, daß sie aber, wenn sie sich im Rahmen des oben angegebenen Tatbestandes halten, **nicht behindert und angeklagt werden dürfen.** An der Bedeutung des freisprechenden Urteils ändert sich auch nichts, wenn den Kontrollausschüssen die Anerkennung versagt wird.

---

ich Viktoria Alte Herren und Minerva Alte Herren gegenüber, und bilden somit den Schluß dieses Ehrentages für den HJC. Minerva 09. Am Sonntag vormittag darf kein Arbeitersportler fehlen.

Arbeiter-Turnverein Frohsinn auf, Nieleben.

Sonntag, den 12. August, vormittags 10 Uhr, Jugend gegen Wörmlitz-Jugend (Handball) auf dem Spielplatz an der Heide in folgender Aufstellung: W. Rößler, Großmann, A. Meye, H. Jäkter, Kersten, Siebede, Guth, Hartmann, Walter, Bergmann, K. Seupe; Ersatz: Klaia. Die Mannschaft (Koch, O. Meye, Emmert, Hörbold, Haberland, Mettin, Machon, K. Rößler, Pfund, Hartleb, H. Seupe; Ersatz: Kersten) fährt nach Ammendorf, um gegen Ammendorf 2. das fällige Rückspiel im Handball auszutragen. Abmarsch 1 Uhr von der „Sonne".

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe. Bis jetzt haben sich folgende Vereine an den Serienspielen gemeldet: Fußball 1. Klasse: Brachdorf, Dieskau, Halle, Hohenturm, Nieleben, Radewell 1. und 2., Zwintschöna 1. und 2. 2. Klasse: Kanena, Passendorf, Nieleben 2., Halle 2. Jugend: Halle, Nieleben, Zwintschöna, Kanena, Reideburg. Handball: Halle 1. und 2., Nieleben, Wörmlitz. Jugend: Halle 1. und 2., Nieleben, Wörmlitz, Passendorf. Diejenigen Vereine, die sich noch an der Serie beteiligen wollen, müssen bis Sonntag, den 12. August, ihre Meldungen an Paul Haberland, Nieleben, abgeben. Im Laufe der nächsten Woche erhalten die Vereine den Spielplan. Beginn am Sonntag, dem 26. August. Voraussichtlich findet am 23. September, ein Bezirksspielfest in Nieleben statt. Die Vereinsspielleiter werden darauf aufmerksam gemacht, diesen Tag freizuhalten.

Ballspielklub 06 Kassel gegen Minerva 1.

Sonntag, den 12. August, vormittags ½11 Uhr, auf dem Minerva-Sportplatz am Stadion. Wiederholungsspiel mit Ballspielklub 06; vorher Ballspielklub Schüler gegen Minerva Schüler.

HJC. Sportlust 07. 2.—BVB. Trotha 2. um 3 Uhr. 3.—Wöhlitz 3. um ½5 Uhr. 2. Spiel: Heide 2, Wacker, Sänger, Lehle, Zentenig, Malmann, Heide 1, Blume, Berend 1 u. 2, Steinborn. 3. Spiel: Jeweils 1 u. 2, Weichhold, Schmidt, Veitz, Naumann 2 u. 3, Wolf 1 u. 2, Heinicke 2. Sportlustplatz: Exer.

Fortuna-Diösen—BVB. Lettin. Sonntag, den 12. August, stehen sich fast zwei Jahren obengenannte Vereine mit drei Herrenmannschaften auf den Brandberges Sportplatz gegenüber. Man dürfte gespannt sein, wie Fortuna gegen die Lettiner Westsachsen abschneiden wird. Die Resultate, die Fortuna in letzter Zeit herausgeholt hat, beweisen, daß sie wieder gut in Form ist. Haben sich früher beide Vereine mit sehr gute Spiele geliefert, so ist auch Sonntag gutes Spiel zu erwarten und ein Besuch des Spieles zu empfehlen. Fortuna 1. spielt um 3 Uhr in folgender Aufstellung: Nagel, Hartleb, H. Reutter, K. Troll, A. Troll, C. Reutter, K. Reutter, W. Reutter, Fr. Reutter, M. Reutter, Pittmer. Schiedsrichter: Schäffner, Sportverein Kröllwitz. Fortuna 2.—BVB. Lettin 3. um ½3 Uhr. Fortuna wie folgt: Heine, Kolig, W. Heinicke, Hille, Freinel, W. Troll, Schermer, O. Troll 1, Ohme, Zeitel, H. Reuter, Fortuna 3.—MSV. Berlin 3. um ½2 Uhr: R. Damm, Kreutzmann, Bisch, P. Damm, Wagner, O. Troll 2, Heinicke, Hartmann, Emmrich, Becker, Kupfer.

Diösen 21 wollte am Sonntag in Elsenberg zum Stiftungsfest bei Vormärz, wo den zahlreichen Zuschauern ein feines Spiel vorgeführt wurde, das der Schiedsrichter beim Stande von 2:2 beendete. Alte immer, so wurde auch diesmal die Freundschaft, die seit zwei Jahren von beiden Vereinen gepflegt wird, gefestigt. Elsenberg ist in drei Wochen zum Retourwettspiel als Gast in Diösen. Am Sonntag ist Spielruhe mit Rücksicht auf Kinderwerben.

Um die Kreismeisterschaft im Ringkampf standen sich in der Zwischenrunde Germania-Festspiel und Eiche-Wittenberg in Wittenberg gegenüber. Die Wittenberger gingen mit guter Zuversicht in den Kampf, mußten aber die Ueberlegenheit der Halenser schon in ersten Gange anerkennen. Die Germania-Festspiel-Ringer kamen in großer Form und siegten mit 20:4 Punkten. Der Endkampf findet am 26. August im Stadion in Halle mit dem Meisterer Bezirk, vertreten durch die gute Großörner Mannschaft, statt. Das Resultat von Wittenberg ist folgendes: Im Bantamgewicht siegte Gerth Gutsche beide Male in einer Gesamtzeit von 2 Min. 21 Sek. über Sporn-Wittenberg; Emil Kleine machte es noch kürzer und fertigte seinen Gegner Schramm beide Male schon nach 2 Min. 16 Sek. ab. Walter Meye nach Federgewicht Leichtgewicht lieferten sich einen erbitterten Kampf, in der Halleniser beide Male in einer Gesamtzeit von 7 Min. für sich entschied, die beiden Leichtmittelgewichtler Sachse-Halle und Hand-Wittenberg entschied beide Male Sachse für sich in zusammen 8 Min. 40 Sek. Pfeiffer und Lorenz kamen beide unentschieden, baselbe Resultat ergielten die beiden Schwergewichtler Neßel und Zorn. Die Kämpfe wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Achtung, Schiedsrichter! Am Sonntag, den 12. August, nachmittags ½2 Uhr, treffen sich folgende Schiedsrichter im Restaurant „Kühler Brunnen" in Kröllwitz: Talkrabe: Fritz Mege (Wörmlitz), P. Henze (Kröllwitz), H. Hartleb (Fortuna), F. Kubik (Wörmlitz) zu den Diplomspielen auf der Peißnitz. Abmarsch pünktlich 2 Uhr mit Musik nach der Peißnitz. Schiedsrichter W. Brandt (Fichte) bei um ½11 Uhr das Spiel Minerva—Kassel, Schiedsrichter W. Wuttke um 4 Uhr das Spiel Wörmlitz—Atalanta in Wörmlitz, Schiedsrichter O. Wöhlcke (Minerva) um 3 Uhr das Spiel Großörner—Zeitz in Großörner zu leiten. Alle Schiedsrichter haben pünktlich zu erscheinen. Das Fehlen wird mit 25 000 Mk. bestraft. Am Freitag, dem 17. August, abends 8 Uhr, findet im „Volkspark" Schiedsrichter-Generalversammlung statt. Unentschuldigtes Fehlen zieht Ausschluß aus der Schiedsrichter-Vereinigung nach sich. An demselben Abend findet eine Schiedsrichter-Prüfung statt. Die Vereine wollen dazu Prüflinge schicken.

Achtung, Vereinsleiter und Schiedsrichter! Zum Spiel der Stadtelf gegen Forst wird gebeten, daß sich sämtliche Schiedsrichter pünktlich ½6 Uhr im Stadion einfinden. Die Forster Sportgenossen haben ihre stärkste Mannschaft gemeldet. Es ist daher mit einem guten Sport zu rechnen. An alle Arbeiter und Sportler ergeht der Aufzeigt durch Zum Erscheinen, daß Ihr mit uns helft. Meldet die bürgerlichen Spielleiter uns wird pünktlich gute Körperpflege betrieben. Wer am Mittwoch die „Körperpflege" beim Spiel Macker und Borussia gesehen hat, muß diesen Vereinen für immer den Rücken kehren. Wir kommen auf das femse Illegalität im Klassenkampf zu sprechen. Auch an die Sportgenossen und die Liquisteler im bürgerlichen Lager ergeht der Ruf: Kommt am Sonnabend zu uns und seht Euch einmal das Stadtspiel an, Ihr könnt dann einmal Vergleiche ziehen.

BVB. Trotha-Süd. Sonntag, den 12. August, nimmt die 1. Mannschaft an dem Ballspielturnier des HJC. Zeitzung teil. Die Mannschaft spielt wie folgt: Lampe 1, Wolf, Döring, Sieß, Franke, Lampe 2, Kretschmann, Knüchel, Herold, Braun, Portius. Die Mannschaft trifft sich um ½1 Uhr in der „Tonne" zum Abmarsch.

HJC. Minerva. Dem Fußballklub Fichte-Radewell sei hierdurch mitgeteilt, daß das Spiel der 1. Mannschaft am Sonntagnachmittag ausfällt. Es ist ersucht von Teutonia ersuchen wir Fichte-Radewell, sich nachmittags 2 Uhr im „Lindenhof" einzufinden, um als Ersatz ein Spiel beim Fußballturnier auszutragen. Alle Mitglieder, welche Interesse zur Teilnahme haben, treffen sich pünktlich ½2 Uhr eingetroffen Erledigung heute, Freitag, abend auf unserem Platz resp. bei Stuger.

BVB. Trotha-Süd. Sonntag, den 12. August, spielt die 3. Mannschaft gegen Viktoria 3. um 10 Uhr auf dem Sandanger. Trotha spielt wie folgt: Fäthner, Geisiger, Bäckel, Kuhn, Schäfer, Wierbach, Mel, Barth, Knoche, Geisiger, Fischer.

Sonderzug nach Eilenach. Durch ministerielle Verfügungen sind alle Sonderzüge eingestellt. Demzufolge kann auch der vom Turnverein „Die Naturfreunde" geplante Sonderzug am 19. August nicht fahren. Bereits bezahlte Fahrgelder sind heute, spätestens, vom 7. Uhr an im Stadtheim, Weidenplan 20, früher Eingang, zurückzufordern.

Verantwortlich: Ferdinand Mengel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Krod, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Sammelt für die „Rote Hilfe"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230810-16/fragment/page=0006

Befreites Land

Die Landsklaven treten in den Kampf

Von Ernst Böse.

Die Katastrophe des kapitalistischen Deutschlands spitzt sich immer mehr zu zu einer Hungerkatastrophe für die breiten Arbeitermassen. Der Dollar ist auf über sechs Millionen geklettert. **Familienväter werden mit Lehrlingslöhnen nach Hause geschickt.** Das Elend der Arbeiterschaft nimmt immer krassere Formen an.

Am traurigsten aber sieht es bei den Landarbeitern aus. **In den landwirtschaftlichen Betrieben werden heute noch Stundenlöhne unter 20 000 Mk. gezahlt.** Viele Landarbeiter im Gau 3 (Magdeburg) erhielten in der vergangenen Woche die lächerliche Summe von 400 000 Mk. ausgezahlt. Ein Pfund Margarine kostet aber gegenwärtig 600 000 Mk. Wie soll da der Landarbeiter, der gewöhnlich eine starke Familie hat, auskommen können, wenn er noch nicht einmal sich in der Woche ein Pfund Margarine leisten kann?

Der DLV. ist den Landarbeitern bisher bei allen Streiks stets in den Rücken gefallen. Der DLV. hat das Hilfswort mit den landwirtschaftlichen Arbeitgebern abgeschlossen; der DLV. hat stets den Einsatz der Technischen Nothilfe geduldet. Feigheit, Verräterei und Kampfunlust verkörpern sich in den Instanzen des DLV. Der DLV. sabotiert alle auf breiter Basis geführten Lohnkämpfe und erkennt nicht die Unzulänglichkeiten der bisherigen Kampfmethoden.

Die Landarbeiter und Landarbeiterinnen haben starke Gegner vor sich: Die Junker, den Staatsapparat und die Instanzen des DLV. Alle diese Faktoren werden sich mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Landarbeiter wenden und ihnen in den Rücken fallen. Darüber müssen sich die streikenden Landproleten von vornherein klar sein. Die Landarbeiter sind in ihrer übergroßen Mehrheit erst nach der Revolution von 1918 den gewerkschaftlichen Organisationen zugeführt worden. Infolge der systematischen Sabotage des DLV. haben gerade im Gau 3 die Landarbeiter bisher sehr wenig Erfahrungen über die einzuschlagende Taktik bei großen Lohnkämpfen sammeln können. Um so zielbewußter, klarer und disziplinierter muß darum der gegenwärtige Kampf der Landproleten durchgeführt werden.

Aus der gewaltigen Machterweiterung der Industriekonzerne und aus der Tatsache, daß infolge des Währungszerfalls und der riesigen Geldentwertung die Streikkassen der Organisationen geleert sind, zieht die Bureaukratie den Schluß, daß nicht gekämpft werden dürfe und daß ausgebrochene Kämpfe an Umfang und Zeitdauer möglichst begrenzt werden müssen. **Das bedeutet aber die unverhüllte Kapitulation der Arbeiterschaft vor der Offensive des Kapitals.** Die Arbeiterschaft kann sich darum niemals mit diesem Schluß der Gewerkschaftsinstanzen abfinden. Die Arbeiterschaft ist vielmehr gewillt, die Formen des Lohnkampfes den veränderten Kampfbedingungen anzupassen. **Der Streik muß möglichst breit an Ausdehnung gewinnen und dadurch in einen politischen Machtfaktor verwandelt werden, der den staatlichen Machtapparat unmittelbar gefährdet.**

Im Gau 3 wurden unter der Führung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Brandenburg bisher alle Lohnkämpfe der Landarbeiter systematisch abgewürgt. Eine tiefgehende Erregung machte sich aus diesem Grunde im vergangenen Jahre unter den Landarbeitern im Gau 3 bemerkbar. Dies und einige Ausschlüsse von Führern der Landarbeiterschaft führten am 5. November zu einer Gaukonferenz in Magdeburg, die einen sogenannten Fünferausschuß einsetzte, um die Wiederaufnahme in den Verband und die Demokratisierung des DLV. sich als Ziel zu setzen.

Auf einer am vergangenen Sonntag in Magdeburg stattgefundenen Gaukonferenz machte sich unter den Landarbeitern infolge ihrer hundsmiserablen Lohnverhältnisse eine tiefgehende Erregung bemerkbar. Alle Vertreter der Landarbeiterschaft forderten, daß damit nun endgültig Schluß gemacht würde. Einmütig kam zum Ausdruck, daß die Landarbeiterschaft des Gau 3 gewillt ist, auch mit den Mitteln des Streiks die Agrarier auf die Kniee zu zwingen. Die Gaukonferenz überließ nunmehr die Entscheidung über den Streik den Kreis- und Bezirkskonferenzen. Die Delegierten dieser Konferenz haben nunmehr am Mittwoch in Magdeburg den

Streik vom Donnerstag, dem 9. August, an

proklamiert. Eine Zentralstreikleitung wurde sofort gebildet. Was hat die Landarbeiterschaft nunmehr zu tun?

Die Landarbeiter fordern 1½ Zentner Getreide als Maßstab der wöchentlichen Entlohnung. Die bereits schon einige Tage zuvor in den Streik getretenen Landarbeiter von Schniedlingen haben außerdem eine Wirtschaftsbeihilfe von 3 Millionen Mark gefordert. Die von den Landarbeitern aufgestellten Forderungen bedeuten eine Verzehnfachung der bisher erhaltenen Wochenlöhne. Dagegen werden sich die Agrarier mit allen Mitteln wenden. Ein starker und von der Regierung und deren Machtmitteln unterstützter Gegner kann aber nur mit außerordentlichen Mitteln niedergerungen werden. Die Landarbeiter und Landarbeiterinnen müssen darum sofort von der ersten Minute ab mit dem Streik in der schärfsten Form einsetzen. Das bedeutet aber: Sofortige Einstellung sämtlicher Notstandsarbeiten.

Die Regierung wird den Junkern sofort die Technische Nothilfe zur Verfügung stellen, um die Ernte einzubringen. Verweigerung der Notstandsarbeiten von seiten der Landarbeiterschaft aber bedeutet, daß die Technische Nothilfe nur für die Verrichtung der Notstandsarbeiten aufgebraucht wird und aus diesem Grunde nicht zur Bergung der Ernte eingesetzt werden kann. Humanitätsduselei ist hier nicht am Platze. Die Frage steht so:

Wer soll verrecken? Das Vieh des Agrariers oder die Landarbeiter mit ihrer Familie?

Der Kampf der Landarbeiterschaft muß den größten Umfang annehmen und auf einer möglichst breiten Basis geführt werden. Es ist nutzlos, wenn sich einzelne Ortsgruppen abkämpfen und das Gros der Landarbeiter dem Kampfe fernbleibt. Alle Ortsgruppen der Landarbeiter im Gau 3 müssen darum in den Kampf hineingeführt werden. Die Zentralstreikleitung hat angeordnet, daß sofort nach Rückkehr der Delegierten von der Magdeburger Konferenz in allen Bezirken und Kreisen sofort Delegiertenversammlungen stattfinden haben, um eine Leitung zu wählen, die über die einzuschlagende Taktik zu beschließen hat. Sämtliche Ortsgruppen der Landarbeiter müssen darum überall Radfahrerkolonnen organisieren, die von Ort zu Ort fahren, um allen Landproleten die Streikparole zu verkünden. Es muß zwischen dem Sitz der Kreis- bzw. Bezirksstreikleitungen eine enge und lebendige Verbindung bestehen. Die Kreisstreikleitungen müssen zu jeder Stunde mit der Zentralstreikleitung in Verbindung treten können. Alle Landarbeiter, die ein Fahrrad zur Verfügung haben, müssen Tag und Nacht in Tätigkeit sein. Ueberall müssen sofort Versammlungen der Streikenden stattfinden. Die Kampfesbegeisterung der Landarbeiter muß gehoben werden. Die einzelnen Ortsgruppen müssen in innigster Fühlung stehen und gemeinsam mit den Orten ihrer Umgebung Versammlungen einberufen, wo die Massen der Landarbeiterschaft die nötige Aufklärung erhalten.

Ein Streik erfordert heute, angesichts der ungeheuren Markentwertung und der Not und des Elends unter der Arbeiterschaft, riesige finanzielle Opfer. **Die Landarbeiter müssen von vornherein mit der Möglichkeit rechnen, daß der Streik einige Wochen dauert.** Kühle, nüchterne Abwägung der Kräfteverhältnisse und der Kampfesbedingungen ist daher am Platze. Der Landarbeiter, der keine allzu zahlreiche Familie zu ernähren hat, ist, wenn er weiß, warum er kämpft, unter Umständen in der Lage, sich über Wasser zu halten. Was geschieht aber mit denen, die eine zahlreiche Familie habe? Was geschieht weiter mit den Schnittern und Knechten? Die Landarbeiter müssen da, wo es angängig ist, **gemeinsame Küche einrichten, zu denen die Landarbeiter Naturalien liefern.**

Vielleicht ist auch der Weg gangbar, daß die Landarbeiter, die Deputate erhalten, die Schnitter und Knechte der Reihe nach für einen Tag in Kost nehmen.

Die Agrarier, gerissen wie sie nun einmal sind, werden natürlich versuchen, die Front der Landarbeiter aufzurollen und zwar dadurch, daß sie versuchen werden, die einheitliche Kampffront der Landarbeiter durch Einzelverhandlungen mit einigen Ortsgruppen zu durchbrechen. Es kann möglich sein, daß einige Agrarier die Forderungen der Streikenden bewilligen, um zu erreichen, daß die Arbeit auf ihren Gütern wieder aufgenommen wird. Wenn die Landarbeiter auf diesen Trick hereinfallen, dann wird ungeheure Verwirrung im Lager der Kämpfenden angerichtet werden. Darum muß die strengste Disziplin gewahrt werden. **Alle Verhandlungen dürfen nur durch die Zentralstreikleitungen gehen und durch diese geführt werden. Keine Ortsgruppe, keine Kreisstreikleitung ist berechtigt, Verhandlungen mit Agrariern anzubahnen und zu führen, wenngleich auch ihre Forderungen an einem Orte bewilligt würden.**

Im Wirtschaftsgebiet Magdeburg, Schönebeck, Staßfurt sowie im Braunkohlen- und Kalibecken Egeln stehen auch die Industriearbeiter geschlossen im Streik. Aufgabe der Industrie- und Landarbeiter muß es darum sein, sofort miteinander Fühlung zu nehmen, um in gemeinsamen Zusammenkünften eine einheitliche Kampfleitung zu schaffen. Die Zusammenfassung der Lohnkämpfe darf keine leere Phrase bleiben, sondern es ist Pflicht aller Streikenden, sofort die Konsequenzen zu ziehen und sie zur Tat werden zu lassen. Ueber die Wucht, die dadurch dem Kampfe verliehen wird, ist bereits eingangs unserer Ausführungen gesprochen worden. Die Solidarität zwischen Industrie- und Landarbeitern bleibt leeres Gerede, wenn nicht in zugespitzten Situationen sich Industrie- und Landarbeiter auch wirklich eins fühlen. In Orten, wo die industriellen Betriebe noch nicht ruhen sollten, müssen die Industriearbeiter die Landarbeiter in jeder Weise unterstützen, sowohl moreell als auch finanziell. Die Industriearbeiter müssen Sammellisten für den Kampffonds der Landarbeiter im Betriebe herumgehen lassen.

Zum Schluß noch ein Wort über das Verhältnis der Streikenden zu den Kleinbauern.

Die Kleinbauern leiden gegenwärtig unter dem Druck des konzentrierten Industriekapitals und des Großgrundbesitzes schwer. Gerade in der gegenwärtigen Zeit werden darum die Kleinbauern verstehen, welche Gründe die Landarbeiter zum Eintritt in den Streik veranlaßt haben. Es wird also möglich sein, in verschiedenen Gegenden auch mit den Kleinbauern in Fühlung treten zu können. Die Kleinbauern müssen aufgeklärt werden über die Ziele des Streiks. **Vielleicht wird es dann sogar möglich sein, die Kleinbauern zur materiellen Unterstützung der Streikenden zu veranlassen.**

Wenn die Streikenden gewillt sind, in der von uns angegebenen Art und Weise den Kampf zu führen, **dann wird und muß auch der Kampf zu einem siegreichen Abschluß geführt werden.**

Schaffende Landwirte, Arbeiter und Beamte!

Nachstehenden Artikel entnehmen wir der Bauernzeitung „Bund schaffender Landwirte" (Julinummer). Der Artikel zeigt, wie ein Teil der kleinen und mittleren Bauern sich mehr und mehr zur Einheitsfront mit der Arbeiterschaft bekennt, und, gezwungen durch die harte Notwendigkeit, bereits den Ruf nach einer Regierung der Arbeiter und schaffenden Landwirte erhebt. Wir verkennen dabei keineswegs, daß **dieser Ruf noch nicht der Wille zum revolutionären Kampf um die Arbeiter- und Bauern-Regierung ist.** Trotz alledem werden die Ausführungen obengenannten Organs, ein freudiges Echo bei der gesamten Arbeiterschaft auslösen. Zuversichtlich reichen wir diesen schaffenden Landwirten unsere Hand. (Vorbem. der Red.)

In der Not feilt der Teufel Sägespäne. Das ist ein altes Sprichwort. Die wirtschaftliche Not zwingt den Teufel „Gegensatz", der sich zwischen Arbeiter, Beamte und schaffende Landwirte gezwängt hat, zu verschwinden.

Gerade jetzt, wo die ganze Wucht der Kriegs- und Nachkriegslasten, und vor allem die Lasten, die aus dem Ruhrkrieg entstanden sind, auf die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land in besonders scharfer Weise hereinbricht, ist es notwendiger als je, daß endlich die Arbeiter, Angestellten und schaffenden Arbeiter eine Einheitsfront bilden.

Wer hat es zu fühlen, wenn der Dollar fast auf 200 000 Mark steht und die Teuerung ins Riesenhafte steigt? Niemand anderes als der Arbeiter und Angestellte, seine Frau und seine Kinder, die Hunger leiden müssen. Und mit ihnen ist es der schaffende Landwirt, der nicht mehr die notwendigsten Haushaltungs- und Wirtschaftsgegenstände beschaffen kann, der der Verschuldung ausgesetzt wird.

Wer ist es, den die Steuerlast am meisten drückt? Der Arbeiter und Beamte, dem 10 Prozent von seinem Gehalt abgezogen werden, ganz abgesehen von den indirekten Steuern, wie Umsatzsteuern, Zündholzsteuern usw. Und mit ihnen ist es der schaffende Landwirt, der zwei-, drei- und viermal so hohe Steuern als der Großgrundbesitzer pro Flächeneinheit bezahlen muß, dem der Bezug von Düngemitteln, Geräte usw durch hohe Frachtkosten verteuert werden und der ebenfalls die hohen indirekten Steuern mit zu tragen hat.

Der schaffende Landwirt kann keineswegs wie der Großgrundbesitzer die Lasten beim Verkauf seiner Produkte wieder abbürden auf andere. Er hat ja nur wenig zu verkaufen. Und gerade jetzt macht sich das besonders fühlbar. Die meisten von uns schaffenden Landwirten haben ihre wenigen Produkte im Winter oder spätestens im Frühjahr verkauft. Heute nun, wo sich die Preise inzwischen verzehnfacht haben, ist das eingegangene Geld aufgebraucht. Die paar Liter Milch, die wenigen Eier, die zum Verkauf auf dem Markt zur Verfügung stehen, reichen nicht aus, um all die vielen Kosten, die sich in der Wirtschaft und im Haushalte heute ergeben, zu decken.

Wir verlangen vom Arbeiter und Beamten, daß er dafür Verständnis hat. Andererseits sind wir uns aber bewußt, daß auch der Arbeiter und Beamte von seinem geringen Lohn oder Gehalt nicht existieren kann. Wir verstehen deshalb vollkommen, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger sich höhere Löhne und Gehälter erringen wollen und müssen. Sie haben ein Recht darauf, wenigstens solche Löhne zu bekommen, wie sie der Teuerung entsprechen.

Wie kein Tier geduldig verhungert, so kann man es noch weniger vom Menschen verlangen. Wir verstehen deshalb, daß die Arbeiter und Beamten, wenn ihnen von den Großgrundbesitzern, von den Industriellen oder vom Staat nicht soviel Lohn oder Gehalt gegeben wird, daß sie existieren können, daß sie sich dann das notwendige zu erkämpfen suchen. Es ist deshalb ganz und gar falsch, wenn schaffende Landwirte, wie es z. B. bei dem Streik der schlesischen Landarbeiter vorgekommen sein soll, den zur Sicherung ihrer Existenz kämpfenden Arbeitern in den Rücken fallen.

Betonen müssen wir aber, daß die Erhöhung der Löhne für die Arbeiter höchstenfalls momentan eine Erleichterung sein kann, aber nicht die Wurzel des Uebels, das uns schaffende Landwirte auch drückt, beseitigt. Wo ist der Weg, der ins Freie führt?

Wir schaffenden Landwirte und die Arbeiter und Beamten müssen gemeinsam zunächst dafür eintreten, daß die ungeheuren Lasten, die heute wir zu tragen haben, auf die tragfähigeren Schultern gelegt werden, und das sind die Schultern der Großgrundbesitzer, Fabrikanten, Großhändler, Bankiers und Spekulanten.

Deren Besitz und große Bankguthaben müssen zuerst erfaßt werden vom Staate. Dann kann man die den Arbeiter, Beamten und kleinen Bauern schwer drückenden Steuern, sowohl direkte wie indirekte, wesentlich verringern, oder ganz abschaffen. Bei einer scharfen Kontrolle durch den Staat und die Betriebsräte der Arbeiter bei den großen Industriewerken können die Preise für die Materialien, die der Staat allein für die Eisenbahn und den Großindustriellen bezieht, wesentlich herabgesetzt werden und so eine **Frachtpreisermäßigung** erwirkt werden.

Unter solchen Voraussetzungen sind wir schaffenden Landwirte in der Lage, unsere Produkte an die arbeitende Bevölkerung in der Stadt auch billiger hergeben. Wir haben kein Interesse an einer weiteren Teuerung, sondern wir haben ein Interesse am Abbau der Teuerung. Die Teuerung führt uns nur in die Verschuldung. **Wir wollen aber zu geregelten wirtschaftlichen Verhältnissen kommen.** Wenn das geschieht, braucht der Arbeiter und Beamte auch nicht mehr höheren Lohn. Er wird gern verzichten auf die vielen Papierfetzen mit den großen Zahlen, die darauf stehen, wenn er für weniger Papierfetzen und weniger große Zahlen mehr Lebensmittel und mehr Kleidungsstücke usw. kaufen kann.

Wenn der oben angegebene erste Schritt ins Freie getan wird, d. h., wenn die Macht und die Herrschaft der uns alle ausbeutenden Großgrundbesitzer, Fabrikanten usw. gebrochen wird durch das gemeinsame Auftreten der schaffenden Landwirte, Arbeiter und Beamten, **dann erst ist es möglich, daß auch Siedlungsland in notwendigem Maße wir erhalten und daß wir uns eine feste Existenz schaffen können.** Auch unsere Kinder können dann etwas froher in die Zukunft schauen.

Es ist nun die Frage, ob die Regierung, zu der der Landbund und der Verband der Industriellen und die Bankiers so großes Zutrauen haben, ob die Cuno-Regierung das durchführen wird. Nach dem bisherigen Verhalten dieser Regierung, die fast den ganzen Devisenbestand der Reichsbank in die Hände der großen Spekulanten, der Großgrundbesitzer und Industriekapitalisten in den letzten Monaten ausgeliefert hat, und damit den Marksturz und die Teuerung beschleunigte, ist diese Frage nicht nur zu bezweifeln, sondern einfach zu verneinen.

Die notwendigen Maßnahmen kann und wird nur eine Regierung durchführen, die von der schaffenden Bevölkerung in Stadt und Land gebildet wird. Wir machen deshalb den Arbeitern und Beamten, ganz gleich, welcher Partei sie angehören, den ehrlichen Vorschlag, gemeinsam mit uns dafür zu wirken. Geschlossen verlangen wir, daß bei einer solchen Regierung uns solcher Einfluß zukommt, wie er unserer Bedeutung entspricht. **Wollen die Arbeiter und Beamten in Stadt und Land diesen Vorschlag akzeptieren, dann legen wir schaffenden Landwirte zuversichtlich unsere Hand in die ihrige.**

Gaukonferenzen der Landarbeiter

In den nächsten Wochen finden in fast allen Gauen Gaukonferenzen des Deutschen Landarbeiter-Verbandes statt. Auf diesen — gesehen — Gaukonferenzen werden die Delegierten zu der bevorstehenden Generalversammlung des DLV. gewählt. Obwohl es für die Bureaukratie des DLV. ziemlich leicht war, die Zusammensetzung der Gaukonferenzen zu bestimmen, ist es doch gelungen, in den meisten Gauen einer Anzahl oppositioneller Vertreter der Landarbeiter auf den Gaukonferenzen Eingang zu verschaffen. Die oppositionellen Vertreter haben nun die Aufgabe, vor Statifinden der Gaukonferenz in gemeinsamen Sitzungen ihre Anträge klar zu formulieren und die Kandidatenliste zur Generalversammlung aufzustellen. Es darf nicht vorkommen, daß die Gauleiter die Delegierten mit ihren Kandidatenlisten überrumpeln. Oppositionelle Vertreter der Landarbeiter, seid auf der Hut und sorgt dafür, daß die Generalversammlung in Eurem Sinne zusammengesetzt wird.

Die Arbeiter- u. Bauern-Regierung bahnt sich den Weg!

Bauern unterstützen streikende Metallarbeiter und die revolutionären Betriebsräte

In dem hartnäckigen Kampf der Metallarbeiter in Ratibor (Oberschlesien) gegen die Metallindustriellen zeigen sich überaus erfreuliche Tatsachen. Die Streikunterstützung reicht nicht aus. Sammlungen in Ratibor brachten Millionen. Die Streikenden sammelten bei den kleinen Bauern auf den Nachbardörfern. An einem Tage brachten sie über 200 Zentner an Lebensmitteln. In Weinowitz bei Ratibor sammelten unsere Genossen auf die Liste für die revolutionären Betriebsräte. Die Sammlung ergab unter den wenigen Bauern zwei Millionen Mark.

Diese Sammlungen erfolgten wenige Tage danach, wo die Kommunisten in einer Riesenversammlung in Ratibor zu der Hungersnot Stellung nahmen. Als Diskussionsredner trat dort der Gewerkschaftsdemagoge Nowak auf und erklärte, daß die schlimmsten Wucherer gerade die Kleinbauern seien. Unser Referent, Landsekretär Hennig (Berlin) mußte hierauf die ganze Agrarfrage aufrollen. Er zeigte den Anwesenden dabei, daß der kleine Bauer genau so abhängig und ausgebeutet wird durch das Wucherkapital, wie der Arbeiter, auch konnte er nachweisen, daß die Sozialdemokraten, wenn es sich um Stimmenfang handelt, auf den Dörfern ganz anders zu den Kleinbauern sprechen, wie sie es erst vor kurzem in Mecklenburg-Strelitz bewiesen. Die oberschlesischen Bauern zeigten, daß sie für die Arbeiterklasse mehr Verständnis haben, als wie diese Sorte Sozialdemokraten.

Die praktische Unterstützung der kämpfenden Arbeiter, die damit erfolgte Einreihung als aktive Kämpfer an der Seite des Proletariats der Kleinbauern, ist ein Schritt vorwärts auf dem Wege der Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Was ist die Arbeiter- und Bauernregierung?

Die Arbeiter- und Bauern-Regierung ist das Bündnis der Arbeiterklasse mit den unter der ungeheuren Teuerung und Unterdrückung schwer leidenden sogenannten Mittelstandsschichten und dem Kleinbauerntum zum Kampf gegen die Unterdrücker und Wucherer und ihre Regierung. Dieses Bündnis ist das Unterpfand für den Sieg der Gefnechteten und Ausgebeuteten über ihre Bedrücker. Jeder Kommunist, jede Kommunistin ist verpflichtet, die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung für dieses Bündnis, für die Arbeiter- und Bauern-Regierung zu mobilisieren!

Technische Nothilfe und Sipo gegen die streikenden Landarbeiter in Kurhessen

Die streikenden Landarbeiter in Kurhessen, die sich weigern, das Rübenverziehen, Kartoffelhacken und Einbringen des Heus als Notstandsarbeiten zu verrichten, sollen nun mit Hilfe der Technischen Nothilfe auf die Knie gezwungen werden. Die Antwort der Landarbeiter darauf muß sein: nun erst recht den Kampf mit verschärften Mitteln fortzuführen. Was tut aber der DLV.?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230810-16/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak

132 Von Charles de Coster

3

Da der Mönch merkte, daß man ihn reden ließ, trug er auf dem Schiffe die Nase hoch; und um ihn noch mehr zum Predigen anzureizen, lästerten die Matrosen und Soldaten die heilige Jungfrau, die hohen Heiligen und die frommen Bräuche der heiligen römischen Kirche.

Dann geriet er in Wut und spie tausend Beschimpfungen gegen sie aus.

„Ja", schrie er, ja, da bin ich traun in der Höhle der Geusen. Ja, dies sind wahrlich die verfluchten Länderaussauger! Ja. Und man sagt, der Inquisitor, der heilige Mann, habe ihrer zu viele verbrannt! Nein: Es ist noch genug von dem schmutzigen Ungeziefer übrig. Ja, auf den guten, tapferen Schiffen unseres Herrn Königs, die ehedem so sauber und gut gewaschen waren, sieht man jetzo das Ungeziefer der Geusen, ja, das stinkende Ungeziefer. Ja, es ist schmutziges, stinkendes, schändliches Ungeziefer, der singende Kapitän, der Koch mit dem Bauch voller Gottlosigkeit, und sie alle mit ihren lästerlichen Halbmonden. Wenn der König seine Schiffe mit der Lauge der Geschütze säubern will, wird für mehr als hunderttausend Gulden Pulver und Kugeln vonnöten sein, um diese schmutzige, gemeine, stinkende Seuche zu vertreiben. Ja, Ihr seid alle in Frau Luzifers Bette geboren, die verdammt ist, mit Satanas zwischen Wänden von Ungeziefer, unter Vorhängen von Ungeziefer und auf Polstern von Ungeziefer zu buhlen. Ja, und dort in ihren abscheulichen Umarmungen erzeugten sie die Geusen. Ja, ich spucke auf Euch."

Bei dieser Rede sprachen die Geusen zu ihm:

„Was behalten wir diesen Faulenzer hier, der nichts kann als Schimpfworte ausspeien? Wir wollen ihn lieber henken."

Und sie machten sich ans Werk.

Als der Mönch sah, daß der Strick bereit, die Leiter an den Mastbaum gelehnt war und man ihm die Hände binden wollte, sagte er kläglich:

„Habt Mitleid mit mir, Ihr Herren Geusen, es ist der Teufel des Zornes, der in meinem Herzen spricht, und nicht Euer geringer Gefangener, ein armer Mönch, der auf dieser Welt nicht mehr als einen Hals hat. Gnädige Herren, erbarmt Euch. Schießt mir den Mund mit einer Angsthörne, wenn Ihr wollt — eine gar schlechte Frucht —, aber henkt mich nicht."

Aber sie hörten nicht auf ihn und trotz seines wütenden Widerstandes schleppten sie ihn nach der Leiter. Da schrie er so gellend, daß Lamm zu Ulenspiegel, der bei ihm in der Küche war und ihn pflegte, sprach:

„Mein Sohn, mein Sohn, sie haben ein Schwein aus dem Koben gestohlen und stechen es ab. O, die Spitzbuben! Wenn ich doch aufstehen könnte."

Ulenspiegel ging hinauf und erblickte nichts als den Mönch. Da dieser seiner gewahr wurde, fiel er auf die Knie, erhob die Hände zu ihm und sprach:

„Herr Kapitän, Kapitän der tapferen Geusen, der Ihr zu Wasser und Land furchtbar seid, Eure Soldaten wollen mich henken, weil ich mich mit der Zunge vergangen habe. Das ist eine ungerechte Strafe, Herr Kapitän, denn alsdann müßten alle Advokaten, Sachwalter, Prediger und Weiber ein häufenes Halsband haben, und die Welt würde entwölkert. Herr, erretteet mich vom Strick. Ich werde für Euch beten, und Ihr werdet nicht verdammt werden, geht mir Pardon. Der Sprechteufel verleitete mich und zwang mich, unaufhörlich zu reden: das ist ein gar großes Unglück. Dann läuft mir die Galle über und läßt mich tausend Dinge sagen, die ich nicht denke. Herr, Herr Kapitän, und Ihr Herren alle, bittet für mich."

Plötzlich erschien Lamm im Hemd auf Deck und sagte:

„Kapitän und Kameraden, es war nicht das Schwein, das quekte, sondern der Mönch; des bin ich froh. Ulenspiegel, mein Sohn, ich habe einen großen Plan inbetreff Seiner Väterlichkeit gefaßt. Schenk ihm das Leben, aber laß ihn nicht frei, sonst wird er noch einen schlechten Streich auf dem Schiffe verüben. Vielmehr laßt ihm auf Deck einen engen, recht luftigen Käfig machen, darin er nur sitzen und schlafen kann, wie man sie für die Kapaunen macht. Laß mich ihn füttern, und wenn er nicht soviel ißt, wie ich will, möge er gehenkt werden."

„Möge er gehenkt werden, wenn er nicht ißt", sagten Ulenspiegel und die Geusen.

„Was gedenkst Du mit mir zu machen, Dicker?" fragte der Mönch.

„Das wirst Du sehen", antwortete Lamm.

Und Ulenspiegel tat, was Lamm wünschte, und der Mönch ward in den Käfig gesetzt, und jedermann konnte ihn darin nach Belieben betrachten.

Lamm war in die Küche hinuntergegangen; Ulenspiegel ging ihm nach und hörte ihn mit Nele streiten.

„Ich werde mich nicht hinlegen", sagte er, „nein, ich werde mich nicht hinlegen, damit andere kommen und in meinen Brühen herumwandern. Nein, ich werde nicht in meinem Bette bleiben wie ein Kalb!"

„Werde nicht böse Lamm", sprach Nele, „sonst bricht Deine Wunde wieder auf und Du wirst sterben."

„Wohlan", sagte er, „ich werde sterben; ich bin es satt, ohne meine Frau zu leben. Ist es noch nicht genug, daß ich sie verloren habe, willst Du mich auch noch hindern, mich, den Schiffskoch, auf die Suppe zu achten? Weißt Du nicht, daß dem Duft der Brühen und Fleischgerichte Heilkraft innewohnt? Sie nähren selbst meinen Geist und panzern mich wider das Unglück."

„Lamm", sagte Nele, „Du mußt auf unseren Rat hören und Dich von uns heilen lassen."

„Ich will mich heilen lassen", sprach Lamm; „aber ehe ein anderer hier hereinkommt, irgendein unwissender, stinkender, triefäugiger, rotznäsiger Taugenichts, der an meiner Stelt als Schiffskoch herrscht und mit seinen schmutzigen Fingern in meine Brühen fährt, so schlüg' ich ihn lieber mit meiner Holzkelle tot, die dann von Eisen wäre."

„Gleichviel", sagte Ulenspiegel, „Du brauchst einen Gehilfen. Du bist krank."

„Ein Gehilfe für mich!" sagte Lamm, „für mich ein Gehilfe! Mit Dir denn nur mit Undankbarkeit vollgepfropft wie eine Wurst mit gehacktem Fleisch? Ein Gehilfe, mein Sohn, und das sagst Du mir, Deinem Freund, der Dich so lange und so reichlich genährt hat! Jetzt wird meine Wunde wieder aufbrechen. Schlechter Freund, wer würde Dir hier wohl die Nahrung bereiten wie ich? Was würdet Ihr beiden anfangen, wenn ich nicht da wäre, um Dir, Kapitän, und Dir, Nele, etwelches leckeres Gericht vorzusetzen?"

„Wir würden selbst für die Küche sorgen", sprach Ulenspiegel.

„Die Küche!" sagte Lamm. „Du taugst dazu, gute Küche zu essen, sie zu schnüffeln und einzuschlürfen, aber kochen, nein! Armer Freund und Kapitän, wenn ich Dir, mit Verlaub zu sagen, in Streifen geschnittenes Leder zu essen gäbe, so würdest Du es für harte Kaldaunen halten. Laß mich, mein Sohn, laß mich hier Schiffskoch bleiben, sonst werde ich wie ein Stock eintrocknen."

„So bleibe Schiffskoch", sprach Ulenspiegel. „Wenn Du nicht gesund wirst, schließe ich die Küche zu und wir essen nur Schiffszwieback."

„Ach, mein Sohn", sprach Lamm, vor Freude weinend, „Du bist gut wie unsere liebe Frau."

4

Er schien jedoch zu genesen.

Alle Samstage sahen die Geusen, wie er den Leibesumfang des Mönches mit einem langen Lederriemen maß.

Am ersten Samstag sagte er:

„Vier Fuß".

Und sich selbst messend:

„Viereinhalb."

Und er war schier schwermütig.

Doch am achten Samstag war er fröhlich und sagte von dem Mönche:

„Vierdreiviertel Fuß."

Und als er ihm Maß nahm, erboste sich der Mönch und sprach:

„Was hast Du mit mir vor, Dicker?"

Aber Lamm steckte die Zunge heraus und schwieg.

Und siebenmal am Tage sahen die Matrosen und Soldaten ihn mit irgendeinem andern Gericht ankommen, und dabei sagte er:

„Hier sind fette Bohnen mit flandrischer Butter; hast Du je so gute in Deinem Kloster gegessen? Du hast ein volles Gesicht, hier auf dem Schiff magert man nicht ab. Fühlst Du keine Fettpolster auf Deinen Rücken wachsen? Bald wirst Du kein Pfühl mehr brauchen, um zu schlafen."

Bei der zweiten Mahlzeit des Mönches sprach er:

„Sieh da, das sind Koekebakken nach Brüsseler Art. Die Wellschen nennen sie Crèpes, denn sie tragen sie zum Zeichen der Trauer am Hut. Diese jedoch sind nicht schwarz, sondern blond und im Ofen goldig gebacken. Siehst Du die Butter darauf rinnen? So wird auch Dein Bauch werden."

„Ich habe keinen Hunger", sprach der Mönch.

„Du mußt essen", sagte Lamm. „Glaubst Du, daß es Krapfen von Buchweizenmehl sind? Es ist reines Weizenmehl, frommer Vater, Vater im Fett, es ist feinstes Weizenmehl, Vater mit vierfachem Kinn; ich sehe schon das fünfte keimen, und mein Herz ist froh. Ih!"

„Laß mich in Ruhe, Dicker", sprach der Mönch.

Seefahrer

Das Riesenschiff — leis' summen die Turbinen —
So schießt's dahin. Die Ozeanen donnern.
Ein Tennisplatz am Bord. Luxuskabinen.
Die Telefunkenmasten wispern. Siebzig Tonnen.

Denn so ein Schiff ist wie ein Tier: Gelenke
Hat es, und Bauch, und Atmung, Aug an Aug.
Du Mensch spazierst hoch oben, fröhlich Deine Glieder schlenkernd.
Vergiß uns nicht: wir sind tief im Gedärm verstaut!

Maschinenraum: hier ist die Luft dick wie zum Greifen.
Und aus dem Körper schwitzt in schwarzen Tropfen Oel.
Der Hebel ruckt. Hoch am Kommandoturm da trillern grell die Pfeifen.

Die Minen strudeln auf am Archipel. —
Wie wunderbar ist diese Welt für einen, der dort oben
Gemächlich ruht im Lehnstuhl, und ein Gong
Ruft ihn zum Mahl, . . . Sie sollten Gott, Herr, loben;
Auf Knien rutschen, . . . Welt, o Zauberklang:

Vielfach getönt, und alle Winde wehen
In eins! Am Firmament die heiligen Sterne knistern,
In Afrika, da jubeln Farbenböen
Empor zum Horizont. Hoch an den Lüften schimmern Küsten. —

Wir, Sklavenpack, geschnallt auf die Galeere —
Was ist zu tun! Umwickele Deine Faust
Mit einem Lumpen fest! . . . Begehre
Nicht Deines Nächsten Gut! . . . Doch haut

Von selbst die Schaufel sich auf eines Reichen Schädel —!?
Wer bin ich nur!? Stahlrippen überspannen
Mich, häutig-naß, Gebälke. Stürme rädern
Jahraus, jahrein mich. Und der Leib ist kantig . .

Ein Kohlenmensch, vertiert, schnapsschwer, glanznackt.
Der andere oben, blühend, wie in Linnen
Gekleidet, duftgeselbt. Er tanzt im Takt
Des Bläserchors. Der andere kratzt die Schinnen

Vom bloßen Haupt sich. Träumt: in einer Hafenschenke
Da sauf ich mich zu Tod'. Bestrichen schon mit Lack
Bin ich fürs Grab. Ein Weib im Arm noch schwenken —
Dann gute Nacht! Kopf ab! Und eingepackt —

Wir sind einander fremd. Die schwimmenden Paläste
Sie sprechen andere Sprachen. Unsere ist ein Schrei.
Nur einmal, daß wir sah'n uns. S' war am Weihnachtsfeste.
Das Meer war ruhend dort, wie ein geschmolzenes Blei.

Der eine frißt. Der andere wird gefressen.
Drum stirbt sichs zweierlei; der eine: flügelschlagend
Hebt er sich ab, und schlüpft leicht wie aus Fesseln.
Ich: fluchend noch, ein leeres Loch der Magen. —

Kap Horn. Gibraltar. Suez. Pyramiden.
Am Pol der Himmel Firnis speiht, ein geisterndes Geflecht.
Seefahrer sind es, zweierlei Geschlechts.
Wie Licht von Firnis sind sie geschieden.

Der Stummelsucher

Von Alfred Leidig

Rauchen ist Angewohnheit; das ist eine unanfechtbare Tatsache. Für uns Proleten eine schlechte Angewohnheit; denn es verschlingt den Teil unseres Schweißes, den wir besser dazu verwenden könnten, uns den tatsächlichen Ertrag unserer Knochen zu erkämpfen. Daß vielen Proletariern das Rauchen aber ein Bedürfnis geworden ist, welches ihnen selbst vom Arzt in den dringendsten Fällen nicht abgewöhnt werden kann, ist wiederum Tatsache. Zu dieser Kategorie gehört der Stummelsucher.

Neulich ging wieder einer vor mir her, den Blick starr zu Boden geheftet, dann und wann sich bückend, sowie er einen Stummel erspäht hatte. Wir mußten beide an einem haltenden Privatauto vorüber, in welchem „lebhaft plaudernd ein Herr und eine Dame saßen". — Süß, was? Den Lesern der bürgerlichen Schmokpresse zur Lektüre empfohlen! — Die im Umkreis von zehn Metern stinkende „Dame" mußte wohl die Marotte gehabt haben, den Bourgeois mit ein paar Phrasen des Bedauerns über den Stummelsucher zu belästigen; denn als ich vorbei kam, hörte ich diesen in den höchsten Tönen schmettern: „Wenn sich solch Individuum aus dem Mist etwas Eßbares herauslaubt und es auffrißt, kann ich ihm das nachfühlen (Köstlicher Witz, wenn man seine weiche Birne berücksichtigt!); aber das dort nicht!" — — — Er machte eine Atempause. Dann schnarrte er: „Gestatten, Gnädigste?", und — steckte sich eine Havanna an.

*

Proletarier! Wann wird die Bourgeoisie vor Hunger nicht mehr wissen, was sie sch..... soll? Wann wird der Bourgeoisie bei dem Genuß ausgelutschter Tabakreste der Sabber die Kinnbacken herunterlaufen? Wann endlich!

Monsun

Von J. A. Sauter.*)

Wie ein Zauberwort wirkt dies Wort auf Indiens Millionen Menschen. Wochen vorher schon bringen die Zeitungen telegraphische Nachrichten über den Tag und, wenn die Zeit näherrückt, über die Stunde seines Erscheinens. Jahr für Jahr erfaßt die Menge dieselbe gespannte Erwartung nach den ersten schwarzen Wolken am Himmel, den Vorboten der Regenzeit. Nirgends war dieses Schauspiel so gewaltig wie in Malabar. Tag und Stunde war auf das genauste angekündigt; doch schon eine Woche vorher konnte man an der Küste außerhalb der Stadt jeden Abend dichte Scharen sehen, die erwartungsvoll nach der Richtung schauten, aus der die ersten Wolkenfetzen kommen sollten.

Selbst die Spiele auf dem Maidan wurden vergessen. Schüler, alte Männer, kleine Kinder mit ihren Müttern, alle waren sie auf dem Platze um die alte Ruine versammelt. Die Stufen der Treppe waren dicht besetzt. Endlich nahte der Tag. Glutrot war die Sonne ins Meer gesunken, noch einmal seinen Rand mit leuchtenden Flammen kränzend. Da war es, als tauchten aus dem Ozean am Horizont schwarze Wolkenkämme auf, immer höher in den Himmel steigend, immer dunkler und schwärzer werdend, nun undurchdringlich: „Der Monsun! — Der Monsun! —" ging es schnell von Mund zu Mund.

Die schwarze Mauer, die von einem Ende des Meeresrandes bis zum andern sich erstreckte, schwoll immer mächtiger an. Der oberste Saum war noch ein wenig beleuchtet von der Flamme der versunkenen Sonne, dann war nichts mehr da als jene schwarze Mauer, die, wie sie zunahm an Größe, auch näher und näher rückte. Wer eine Uhr hatte, zog sie heraus, um die Zeit zu berechnen, die sie brauchen würde bis zu ihrer Ankunft an der Küste. Das Firmament verdüsterte sich, Dunkelheit lag über dem Land, die Luft wurde schwer, der Rauch, der vorher aus den Kaminen gerade emporgestiegen war, drückte sich um die Hütten herum und mit jeder Minute, die das schwarze Gewölk der Küste sich nahte, wurde er dichter zur Erde gedrängt, so daß es gegen die Stadt hin aussah, als lagere ein breites Nebelmeer über dem Boden. Innerhalb einer halben Stunde war über dem Meer eine schwarze Wand, während auf der anderen Seite, gegen Osten scharf abgegrenzt, der Himmel noch klar und blau, mit funkelnden Sternen überstät schimmerte. Nun stand der Monsun direkt über der Küste. Die Menschen beeilten sich, in ihre Hütten und Wohnungen zu kommen. In der nächsten Minute mußten die Regenschauer vom Himmel herniederrauschen. Während alles noch lachend und freudestrahlend über den Maidan lief, kam auch schon der erste Guß wie ein Gießbach schnurgerade auf die ausgetrocknete Erde hernieder.

Sobald der Monsun seine ersten Regenschauer auf die Erde sendet, bekommt das ganze Land ein anderes Gesicht. Wo der Boden am Tage vorher gelb und dürr ausgetrocknet war, breitet sich schon nach 2 Tagen frisches Grün, und innerhalb einer Woche sprießen überall Blumen hervor. Das Gras wächst mit einer Schnelligkeit, daß man fast glaubt, es wachsen zu sehen. Die Straßen und Wege, selbst die von der Regierung gut gepflegten, die am Tage vorher noch meterlange Risse zeigten, hat der unaufhörlich strömende Regen wieder zusammengeschmolzen. Dampf strömt von der Erde aus, als gösse ein Mensch Wasser auf einen erhitzten Stein, und der Rauch findet seinen Weg nicht zum Himmel, sondern kriecht unter der schweren Regenlicht, die über ihm liegt, am Boden entlang. Die Straßen sind leer, und die Menschen kauern unter den Vordächern ihrer Hütten und unterhalten sich über die wahrscheinliche Dauer der Regenzeit, über Saat und kommende glückliche Ernte. Einen sonderlichen Anblick gewährt es, wenn die Leute eilig über die Straße huschen, ihre langen Hüfttücher, die sonst wie Röcke aussehen, sind hochgezogen bis zu den Lenden, und ängstlich bergen sie sich unter ihren Regenschirmen von Palmenblättern. Die Flüsse und Bäche, alle Felder und Aecker und Gärten sind überschwemmt, man könnte glauben, die ganze Stadt wäre eine Siedlung von Pfahlbauten.

Der Monsun ist die Erntezeit für die Kaste der Chapper-Bhands. Wenn die schweren Regenschauer Tag und Nacht auf die breiten Blätter der Palmen um das Haus herum niederplätschern, ist es unmöglich, das Nahen eines Menschen zu hören. Dann üben sie ihr Handwerk fast gefahrlos aus. Ein Chapper-Bhand, mit dem ich mich einst angefreundet hatte, erzählte mir, wie die Kaste bei ihrer Arbeit vorgeht. Etwa zehn Männer ziehen aus zu ihrem bestimmten Ziel. Vorher wird durch das Los bestimmt, wer als erster das Haus des zu Bestehlenden betreten soll. Dann bohren sie ein Loch in eine Wand des Hauses (was nicht schwer ist, weil fast alle Bangalos aus weichen, ungebrannten Bachsteinen gebaut sind), groß genug, um einen Mann hineinschlüpfen zu lassen. Niemals betritt ein Chapper-Bhand, der irgendwo einbrechen will, das Haus durch die Tür. Der Ausgeloste wird von den anderen mit den Füßen voran in die Oeffnung hineingeschoben. Verrät irgendein Geräusch im Hause, daß die Bewohner den Einbruch entdeckt haben, so schneiden die draußen stehenden Kameraden ihm ohne Umstände den Kopf ab, denn nur bei einem Toten ist man sicher, daß er nichts verrät.

Ich entsinne mich einer Nacht, da der Regen in Strömen niedergoß, rauschend wie ein Wasserfall, der eine Schlucht hinunterstürzt. Trotzdem glaubte ich ein Geräusch gehört zu haben, das mir verdächtig schien. Ich lag in meinem Schlafzimmer und erhob mich, um im nächsten Zimmer, das mein Arbeitsraum war, ein Licht anzuzünden. Wie ich auf die Schwelle der Tür zwischen beiden Zimmern trat, stolperte ich über einen Menschen, und beim Fallen fühlte ich eine nackte, ölgeschmierte Haut. Die Chapper-Bhands entblößen sich beim Einbruch in ein Haus vollständig und reiben ihren Leib mit Oel ein, um ihn unanfaßbar zu machen. Ich rief um Hilfe, stand auf und fühlte im gleichen Moment einen Körper an mir vorbeihuschen. Als die Diener nach wenigen Minuten kamen, war niemand mehr zu sehen, aber das Loch in der Mauer meines Arbeitszimmers bewies mir zur Genüge, daß ich nur zufällig einem Diebstahl entgangen war.

*) Aus dem Reisewerk: Unter Brahminen und Parias. Von J. A. Sauter. K. F. Koehler Verlag, Leipzig.

Kirschen

Und da es brennend heiß war und sie Durst verspürten, gingen sie an den Obstwagen und kauften Kirschen, Birnen, Pflaumen. Und unterhielten sich indessen darüber, was man abends machen — wo man hingehen wolle — in den Simplizissimus oder in den Serinissimus — oder in die Bonboniere — „und weißt Du, Männchen" — schmeichelt sie freundlich — „wir nehmen eine Loge und trinken Sekt." Denn sie waren Freunde und hatten Geld.

Und es traf sich andererseits auch so, daß jene Tüte, die die Kirschen faßte — ein Loch bekam. Und es traf sich dann auch so, daß eine nach der anderen von diesen Kirschen den Weg ins Freie suchte und ihn auch fand. Und eifrig und begeistert ob dieser unverhofften Gabe eilte eine alte Frau dahinter her und hob sie eine nach der anderen auf — die in den Staub gefallenen Kirschen. Sie rieb sie mit den Händen ab und tat sie in die Tasche. Und sie freute sich.

Denn es ist das erste Obst in diesem Jahr, das sie genießen wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230810-16/fragment/page=0008

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus vom 1.—15. Aug 55000 M., durch die Post 55000 M ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle. Leipzigerstraße 14 Fernruf 1045. 1047. 2251 Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u 5—6 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 8000 M. für den Millimeter Höhe 1 Spalte, 30000 M. für Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto Commerz- und Privatbank, Halle Postscheckkonto Leipzig 100348. Fritz Kroß, Halle.

Einzelpreis 7000 Mk. | **Freitag, den 10. August 1923** | **3. Jahrgang Nr. 185**

Massenaktion gegen Cuno für die Arbeiter-Regierung

Arbeiter-Delegation im Reichstag, beim ADGB. und bei den Arbeiterparteien — Demonstrationen und passive Resistenz in den Berliner Betrieben — Streik der Berliner Buchdrucker und Hochbahner

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 10. August.

Zur Notlagung des Reichstags haben fast alle wichtigen Berliner Betriebe Stellung genommen. — Die Betriebsrätevollversammlung faßte den einstimmigen Beschluß, den Kampf zum Sturze Cunos zu beginnen, das etwaige Zustandekommen einer Koalitionsregierung mit Generalstreik zu beantworten. Ziel: Revolutionäre Arbeiter- und Bauern-Regierung. Scharfe wirtschaftliche Forderungen. Die Versammlung war überfüllt.

In den Berliner Betrieben griffen im Laufe des gestrigen Tages die Arbeiter in die Diskussionen über die Abstellung der augenblicklichen Wirtschaftsnot und der politischen Krise aktiv ein. Aus den unzähligen Resolutionen und aus den außerordentlich vielen Berichten, die vorliegen, können wir nur das Typische bringen. Die Resolutionen wurden an die Berliner Gewerkschaftskommission, an den ADGB. und alle politischen Parteien geschickt. Eine Delegation aus Vertretern aller Parteien wurde zu den genannten Organisationen entsandt. Viele Betriebe sandten Delegationen in den Reichstag. In den meisten Großbetrieben wird passive Resistenz geübt. Eine Betriebsversammlung findet auf die andere statt, in Siemens Dynamowerk achtmal an einem Tage. Ueberall wurden scharfe Forderungen gestellt und der Sturz der Regierung Cuno verlangt. Crispien wollte mit einer Delegation vom Ambi nicht verhandeln, weil die Belegschaft den Kampf für die Arbeiter- und Bauern-Regierung fordert und diese Forderung von einer Partei stamme, „welche mit den Völkischen zusammen geht.“ Die SPD.-Delegierten haben ihrem Parteigenossen gehörig heimgeleuchtet, welcher erklärte, mit Arbeitervertretern rede er nicht, sondern nur mit seinen Parteigenossen.

In Borsigwalde wurden bereits vormittags die folgenden Betriebe stillgelegt: Nota, Berlin-Karlsruher Industriewerk, Naboma, Jachmann, Hauptwerkstatt der Postkraftwagen, Tobler, Breitung, Schweitzer & Oppler, Otis, Löwe. Von diesen Betrieben holte einer den anderen heraus, und sie versammelten sich auf einer Wiese, wo ca. 12 000 Mann zusammenkamen. Es wurde beschlossen, die passive Resistenz auch am nächsten Tage auszuüben und die Forderung aufzustellen, die die übrigen Betriebe herausgaben.

In einem Werk in Oberschöneweide, wo die Arbeiter passive Resistenz übten, politische Forderungen aufstellten (Sturz Cunos, Arbeiter- und Bauern-Regierung usw.) und eine Wirtschaftsbeihilfe, sowie sofortige Auszahlung forderten, versprach die Direktion den Betriebsräten „etwas sehr Erfreuliches“, nämlich Schmalz und Margarine. Das ist bekanntlich schon im Kriege das letzte Mittel vor dem Zusammenbruch gewesen.

Die Arbeiter der Firma Lorenz (Tempelhof), welche in einer Demonstrationsversammlung die überall erhobenen Forderungen stellten, und 5 Millionen Wirtschaftsbeihilfe verlangten, bewilligte die Direktion 1½ Millionen und fuhr mit dem Betriebsrat zur Reichsbank, um Geld zu holen. Dort sind nur zwei Schalter geöffnet, von denen an einem nur 10-Millionenscheine ausgezahlt werden, am anderen diese wieder gewechselt werden. Man muß anstehen und bekommt eine Nummer. Nummer 40 war dran, der Lorenzbetrieb bekam Nummer 150.

In den Elektrizitätswerken Oberspree, Rummelsburg und Moabit, wurde am gestrigen Tage die passive Resistenz derart ausgeübt, daß der Strom stellenweise ausblieb. In Moabit fanden in allen Betrieben Betriebsversammlungen statt. Die Arbeiter versammelten sich auf einer Wiese, wo sie zu der Lage und den Maßnahmen Stellung nahmen.

Aus vielen Betrieben wird gemeldet, daß die Polizei provozierte. So melden Bergman, Seestraße, und Nordd. Kabelwerk, Neukölln, daß Schupo vor dem Betrieb postiert war, ebenso wie die Versammlung der Arbeiter in Borsigwalde von Schupo geradezu umlagert wurde. Diese Provokationen können sich bitter rächen: Die Arbeiter wissen, was sie wollen und brauchen keine Bevormundung und Beaufsichtigung.

Neben den bereits erwähnten politischen und wirtschaftlichen Forderungen sind häufig noch die folgenden Maßnahmen verlangt worden: Freilassung der politischen Gefangenen, Sicherung des Friedensreallohnes, an einer Stelle (die Bauarbeiter der Firmen Hutta, Thiele, Dick, Monierbau, Joachimeick, Wauß & Freytag, Schrott & Heinz, Flegel & Co., Oltershagen, Bürckle & Thoma, Thomas Gottson) wurde gefordert: Sowjet-Deutschland. Die Forderung des Bündnisses mit Sowjet-Rußland wurde sehr häufig aufgestellt. An einigen Stellen wurde Wirtschaftsbeihilfe in einer bestimmten Höhe von Dollar gefordert.

Auf den Berliner Märkten herrscht eine ungeheure Erregung. Die Frauen ziehen vor die Betriebe und fordern Lohnauszahlung. Bei Borsig (Tegel) wurde die Kantine des dortigen Konsums von den Arbeiterfrauen gestürmt. Der gesamte Einzelhandel streikt in Berlin, so daß die Berliner Arbeiterschaft, wenn sie schon eine lumpige Abschlagszahlung auf den Lohn bekommt, nicht einmal in der Lage ist, die notwendigsten Bedarfsartikel einzukaufen.

*

Der finanzielle Bankrott der freiesten Republik der Welt mit seinem Hunger für die Massen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Sozialrentner, mit Erdrosselung der Handels- und Gewerbetreibenden im Gefolge, treibt zur Verwirrung und zum Chaos. In dieser Situation führt die Regierung Cuno mit den politischen Parteien von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen ein widerliches Possenspiel im Reichstag auf. Die VSPD. und die bürgerlichen Parteien stützen Cuno, den Schuldigen am Bankrott und dem Hungerelend des schaffenden Volkes. Sie geben ihm Gelegenheit, den Ruin Deutschlands zu vollenden. Cuno, die Sozialdemokratie und die bürgerlichen Parteien spotten des Hungers der Massen. Nach wie vor häufen sie die Opfer aller ihrer Bankrottpolitik seit dem Kriege auf die Schultern der hungernden Massen. Neue Steuern, neue Finanzpläne, neuer Schwindel über Opfer der Besitzenden werden aufgetischt, und doch ist es offenkundig, daß dem Besitz Gelegenheit gegeben wird, sich von allen Lasten zu drücken. Die Massen sollen restlos ausgehungert werden. Ungeheure Erregung ermächtigt sich ihrer. Es grollt in den Tiefen. Die Massen erheben ihre Stimmen in den Betrieben, in den großen wie in den kleinen Berlins, in den Bergwerken und in allen Industriegegenden des Reiches erheben sie ihre Stimme gegen Cuno. Sie fordern seinen Rücktritt und die Bildung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung. Die rheinisch-westfälischen Bergarbeiter fordern die Einberufung eines Betriebsrätekongresses, sie fordern den Kampf gegen die Verelendung, sie verlangen Ausgleichszahlungen für die Monate Juni und Juli in Höhe von 8 bis 10 Millionen Mark, sie fordern Friedensreallöhne, um die nach Goldmark berechnete Lebens- und Haushaltungskosten erschwingen zu können. Sie wollen unter Umständen eine Wendung zum Besseren ihrer Verelendung herbeiführen. Sie verlangen deshalb Beschlagnahme und Rationierung der vorhandenen Lebensmittel unter Mitwirkung der Kontrollausschüsse; ferner die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß. Sie verlangen die Vorbereitung von Maßnahmen, um jede Loslösungsbestrebungen des Rheinlandes zu verhindern. Zur Behebung des finanziellen Dalles fordern sie die Erfassung der Sachwerte und die Kontrolle der Produktion und schwören in Resolutionen, die in den Betrieben gefaßt sind, jede Regierung, [illegible] Arbeiterschaft zu be- [illegible] deren Stelle eine [illegible] Beamten und [illegible]

Aktion. Die Stim- [illegible] en des Reiches läßt [illegible] ihren Weg zu gehen, [illegible] demokratischen Führer [illegible] es von den Führern [illegible] hts zu erwarten hat. [illegible] mit einer Langmut [illegible] der Bourgeoisie und [illegible] erbunden sind. Die [illegible] Cuno, von der in der [illegible] drüber. Ihr Kampf, [illegible] nichts als leeres [illegible] scheinbar nicht in die [illegible] offenkundig zu den [illegible] eien mit Einschluß [illegible] Tatsache zwingt die [illegible] und in einheitlicher [illegible] n den Kampf auf-

[illegible] r Arbeiter begonnen [illegible] u unterstützen. Das [illegible] ein erstrebt wird, ist [illegible] twirtschaft muß die [illegible] munisten werden im [illegible]

[illegible]hdrucker

[illegible] Berlin, 10. August. [illegible] ergab eine übergroße [illegible] Freitag, früh 7 Uhr [illegible] esse erscheint weiter.

Massenaufmarsch gegen Cuno in Chemnitz

(Eig. Drahtm.) Chemnitz, 10. August.

Die von der KPD., der VSPD., dem Gewerkschaftskartell und dem Afa-Bund einberufene Massendemonstration zeigte eine Beteiligung von 150 000 Männern und Frauen. Es beteiligten sich auch Angestellte, Beamte und Mittelständler an der Kundgebung. Es sprachen vier Redner der Kommunistischen Partei. Die Ordnung wurde von den proletarischen Hundertschaften aufrecht erhalten. Die Demonstration sandte an den Reichstag ein Telegramm, welches die bekannten Forderungen enthält.

Streik der Berliner Hochbahner

(Eig. Drahtm.) Berlin, 9. August.

Die Vollversammlung des gesamten Personals der Hochbahn beschloß einstimmig: Wegen Maßregelung dreier Kollegen wird die Arbeit in sämtlichen Abteilungen ab Freitag früh 5 Uhr eingestellt.

Riesendemonstration in Aue

(Eig. Drahtm.) Chemnitz, 10. August.

In Aue fand eine Riesendemonstration statt. Es beteiligten sich 25 000 bis 30 000 Arbeiter daran. Bei den Lohnverhandlungen, die nach der Demonstration stattfanden, wurde ein Spitzenlohn von 260 000 Mk. erreicht.

Große Erregung in Thüringen

(Eig. Drahtm.) Jena, 10. August.

In ganz Thüringen herrscht unter der Bevölkerung eine ungeheure Erregung. Die Ursache ist der Mangel an Geld und Lebensmitteln.

Feste statt Brot

Zum 11. August

Von Ernst Meyer.

Wenn das römische Volk unruhig war, versprachen ihm seine Cäsaren Spiele und Brot. Regierung und Regierungsparteien glauben dagegen, in dieser Stunde, wo Millionen von Arbeitern, Angestellten, Beamten, Rentnern und Kleingewerbetreibenden regelrecht hungern, die breiten Massen durch Verfassungsfeiern und Lobesartikel auf die deutsche Republik beruhigen zu können. Feste statt Brot — das ist die Losung. Das Kabinett und die Parteien, die es unterstützt haben, glauben auch diesmal wieder, die notleidende Bevölkerung von der Selbsthilfe abhalten zu können, in dem sie die angeblichen Vorteile des gegenwärtigen Zustandes gegenüber den wilhelminischen Zeiten herausstreichen und vor der Beschreitung neuer Wege warnen.

Gewiß, breite Massen der Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, betrachten die Republik als einen Gewinn. Und wenn die Konterrevolutionäre wieder einmal, wie im Kapp-Putsch oder durch die Ermordung einzelner Republikaner, den Versuch machen wollten, an die Stelle der Republik die Monarchie zu setzen, so würden die arbeitenden Schichten Deutschlands noch rascher und kräftiger die faszistischen Friedensstörer niederwerfen. Aber die kleinbürgerlichen Regierungsparteien täuschen sich, wenn sie annehmen, die breiten Massen hätten eine besondere Vorliebe für die bestehende Form der Republik. Ihre Abwehr gegen die Versuche zur Wiederherstellung alter Zustände ist keineswegs ein Ausdruck der Zufriedenheit mit den gegenwärtigen Zuständen. Ihr Kampf gegen alle Versuche zum Sturz der Republik bedeutet keineswegs, daß sie die Republik für gesichert halten. Die Massen wissen wenig vom historischen Materialismus und nicht alle Glieder dieser Massen kennen die Lassalleschen Verfassungsreden. Aber sie alle fühlen instinktiv, was Lassalle in die klassischen Worte gepeägt hat, daß Verfassung ein Stück Macht bedeutet. Deshalb haben die arbeitenden Schichten Deutschlands auch nicht das geringste Vertrauen zu den geschriebenen Buchstaben der Weimarer Verfassung, welche die Illusionspolitiker der Regierungsparteien für das Fundament der republikanischen Einrichtungen Deutschlands halten. Sie lassen sich nicht durch die Paraden von Reichswehrkompagnien vor Ebert oder Ministern darüber hinwegtäuschen, daß die Reichswehr heute eins der Hauptmachtmittel der monarchistischen Konterrevolution gegen die Republik ist. Sie wissen, daß die behördlich organisierten Feiern und Festzüge an Größe und innerer Kraft verschwinden hinter den täglichen Demonstrationen der reaktionären Faszistenverbände. Sie bleiben deshalb auch diesen Verfassungsfeiern fern, weil sie in ihnen mit Recht nur Dekoration sehen, die notdürftig den konterrevolutionären Geist des gesamten Staats- und Verwaltungsapparats bis hinauf zu den leitenden Spitzen verdeckt. Die Massen, darunter sozialdemokratische und parteilose Arbeiter, strömten zu den Anti-Faszistendemonstrationen der Kommunisten am 29. Juli; denn in diesem Aufmarsch steckte wirklich Kraft und Entschlossenheit zum Kampfe gegen die Konterrevolution. Aber von den Verfassungsfeiern wenden sie sich interesselos ab.

Dieses Interesse wird auch nicht geweckt werden durch die Festartikel und Festreden. Um die konterrevolutionären Organisationen nicht zu Störungen der Demonstrationen zu reizen, wird man in den Artikeln und Reden die nationalistische Sprache dieser Konterrevolutionäre nachahmen. Ebert und all die anderen offiziellen Festredner werden die Nationalisten an Nationalismus zu übertrumpfen suchen, d. h., sich ihrer Ideologie beugen, so wie sie vor ihren Organisationen zurückschrecken.

In den Festartikeln wird man versuchen, die Verfassung und die Republik als Vorbeugungsmittel gegen faszistisches oder bolschewistisches Chaos zu preisen. Aber auch der Weg Mussolinis war mit Lobsprüchen des italienischen Kleinbürgertums auf die Demokratie und mit Warnungen vor dem Bolschewismus gepflastert. Und wie lächerlich nimmt sich heute die Angst vor russischen Zuständen aus, wo die Mark das Niveau des Rubels fast erreicht hat, und wo in Deutschland die Verfallserscheinungen und in Rußland die Erfolge des Neuaufbaus immer stärker werden! Nicht Sowjet-Rußland erscheint hilfesuchend in Deutschland, sondern die klarsten und weitblickendsten Industriellen suchen in Sowjet-Rußland ein Feld, um sich vor der Erstickung durch die Entente zu retten.

Die Nationalisten und Konterrevolutionäre werden am 11. August die deutsche Republik verhöhnen und den Untergang der deutschen Einheit als Folge der republikanischen Entwicklung bejammern. Auch sie haben Unrecht! Die Rettung Deutschlands liegt nicht in dem Ersatz der republikanischen Verfassung durch eine Diktatur des starken Mannes, so wenig wie sie in der Aufrechterhaltung der jetzigen republikanischen Institutionen zu finden ist. Das deutsche Wirtschaftsgebiet und die deutsche arbeitende Bevölkerung werden nur dann vor jedem weiteren Zugriff der Entente gesichert sein und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230810-16/fragment/page=0009